

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 8

Berlin, den 22. Februar 1930

5. Jahrgang

Sozialversicherung und Gefahrenausgleich.

Nebenstehend ist die Entschliessung der Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften zum Gefahrenausgleich innerhalb der Sozialversicherung zu lesen. Darin wird dagegen protestiert, dass zu erwartende Defizit der Arbeitslosenversicherung für das Geschäftsjahr 1930/1931 in Höhe von rund 250 Millionen RM durch eine Zwangsanleihe bei den Landesversicherungsanstalten und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu decken. Dieser Protest ist berechtigt; denn es geht nicht an, die von der ungenügend funktionierenden Wirtschaft abhängige und zum Teil künstlich durch finanzielle und politische Operationen herbeigeführte Arbeitslosenlast von der Invaliden- und von der Angelegenheitsversicherung mittragen zu lassen. Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit kommt nicht von den jahreszeitlichen Witterungs- und den saisonmäßig bedingten Verhältnissen, für die die Arbeitslosenversicherung mit ihren Einrichtungen in der Hauptsache geschaffen wurde, sondern überwiegend von beeinflussbaren Wirtschaftszuständen wie Begrenzung der Kredite für Kommunen, für Industriebetriebe, ungenügende Kaufkraft u. a. So mancher Unternehmer, der früher einen erheblichen Teil des Wirtschaftsrückfalls selbst trug, tut das heute nicht mehr, sondern überträgt dieses Risiko auf die Arbeitslosenversicherung dadurch, dass er die Belegschaft ankauft. Ja wir haben sogar mehrfach erfahren müssen, dass Betriebe aus tarif- und lohnpolitischen Gründen ihre Wirtschaffen und zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit beitragen. Der geplante Gefahrenausgleich würde also bewirken, dass all die beangenehten Sünden der deutschen kapitalistischen Wirtschaftsführer, ihre wirtschaftlichen Angriffe auf die organisierte Arbeiterschaft, ihre Mängel, Nachlässigkeiten und Verfehlungen, die in ihren Auswirkungen zur höheren Arbeitslosigkeit führten, die genannten Sozialversicherungszweige mit belastet würden. Das wäre ein Vergehen an der Invaliden- und an der Angelegenheitsversicherung und ein schweres Unrecht an den darin Versicherten, weil sie gar nicht zur Belastung der Arbeitslosenversicherung beitragen auch in keiner Weise verantwortliche Wirtschaftspolitik treiben konnten.

Der Reichsfinanzminister änderte inzwischen seinen Plan insoweit, dass er vorschlägt, die Sozialversicherung möge im Jahre 1930 der Reichsbahn für 150 Millionen Reichsmark und 1931 für 100 Millionen Reichsmark Vorkaufaktien abkaufen, damit bekäme das Reich Geld und die Sozialversicherung, die das Geld herzugeben hätte, bekäme ein gutes Wertpapier dafür. Es ist jedoch nicht gesagt, ob mit den 250 Millionen RM die Reichskasse befreit wird. Da ein Defizit im Jahre 1929 318 Millionen in der Arbeitslosenversicherung entstanden sind, hätte diese selbst noch 68 Millionen Reichsmark für 1929 und erhebliche Beträge für 1930 aus eigener Kraft zu decken. Das Recht der Selbstbeschaffung würde ihr gewährt, sie könnte sich entweder mittelst Verwaltungsreformen oder durch Erhöhung der Beiträge helfen. Im Jahre 1929 betrug die Einnahme der Arbeitslosenversicherung an Beiträgen rund 840 Millionen Reichsmark, und 270 Millionen Reichsmark bekam sie Zuschüsse und Darlehen dazu, so dass sie eine Ausgabe von 1100 Mill. RM bestreiten konnte. Wenn die Wirtschaftsverhältnisse nicht bald besser werden, wird im Jahre 1930 eine noch größere Ausgabe entstehen, so dass man damit rechnen muss, dass die Kämpfe um die Arbeitslosenversicherung heuer wieder mit aller Schärfe entbrennen. Gegenwärtig beschäftigen sich die Gewerkschaften und politischen Parteien mit den neuen Vorschlägen des Reichsfinanzministers.

Die Zwangsanleihe der anderen Sozialversicherungsträger, die Überschüsse erzielen konnten und erzielen werden, geht jedoch auch deshalb nicht, weil die Hoffnungen, auf die sich die Zwangsanleihebesitzer stützen, kaum oder nur in kleinstem Maße in Erfüllung gehen werden. Der Reichsfinanzminister Dr. Wolbenhaar erwartet ab 1932 einen Rückgang der Arbeitslosigkeit von Geburtenausfall und von der Verringerung der wirtschaftlichen Verhältnisse und ist der Auffassung, die Arbeitslosenversicherung werde sich dann selbst tragen und auch Überschüsse abwerfen. Das nur die Hoffnungen nicht trügen. Der Geburtenrückgang wird durch die Rationalisierung mehr als ausgeglichen und die Abnahme der Arbeitslosigkeit kann in der Hauptsache nur durch steigende Kaufkraft herbeigeführt werden. Zum letzteren wollen jedoch die deutschen Kapitalisten nicht beitragen. Die Neuerungen und die Stellungnahme ihrer Vertreter lassen eher erkennen, dass sie es auf eine weitere Schwächung abgesehen haben.

Aus der ungenügenden Haltung des Unternehmertums kann man fast entnehmen, dass ihm die ungeheuer große Arbeitslosigkeit nicht sehr an Herzen liegt. Auch die Neuerungen seiner ergebenden Presse lassen erkennen, welcher Mangel an sozialpolitischem Empfinden in jenen Kreisen vorhanden ist und wie geringfügig von der Arbeitslosenversicherung geschrieben und geredet wird. Es gibt noch Unternehmerkreise, die verlangen, die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung müssten gegenwärtig den Einnahmen angepasst werden. Haben die eine Ahnung, wie es Arbeitslosen geht und wie ihnen zumute ist. In einer Zeit, in der jeder achte Erwerbstätige, jede siebente sozialversicherte Person, jede sechste arbeitslosversicherte Person arbeitslos ist, — von 17,5 Millionen in der Arbeitslosenversicherung erfassten Personen werden 2,5 Millionen unterstützt und fast 500 000 erhalten Krüsenunterstützung — eine derartige Auffassung zu vertreten, heugt davon, dass nicht nur das Verständnis, sondern

jedlicher Wille zum Erfassen des Arbeitslosenproblems fehlt. Aber auch aus wirtschaftlichen Gründen wäre es unmöglich die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung ihren Einnahmen anzupassen, weil damit eine weitere Schwächung der Kaufkraft von drei Millionen Menschen herbeigeführt würde und verschärfte Bestimmungen nützen nichts mehr, da sonst die Wohlhabendsten der Gemeinden zu hoch würden und vom Reich restlos zurückverlangt werden müssten.

Nach unserem Dafürhalten wäre es an der Zeit, die Arbeitslosenversicherung durch Hineinnehmen der hochbezahlten Angestellten der Beamten und der Selbständigen zu erweitern und zu kräftigen. In Köln haben Beamte in einem Protest gegen die Kamevalveranstaltungen und besonders gegen den Rosenmontag schon zu erkennen gegeben, dass sie Arbeitslosenversicherungsbeiträge leisten würden. Ferner mühte das Reich bzw. die Allgemeinheit zu den Arbeitslosenlasten, die über 1,1 Mill. Unterstützte hinausgehen, herangezogen werden. Die höher bezahlten Angestellten und Beamten und die gutverdienenden Selbständigen, sowie andere „einnehmende“ Gewerbetreibende gehören mit zu der wirtschaftlichen Gefahrengemeinschaft, auch wenn sie nicht oder nur in den seltensten Fällen arbeitslos werden. Es gibt ja auch unter den vielen Erwerbstätigen Arbeitern und Angestellten Millionen, die Lebensstellung haben, niemals arbeitslos werden und doch die erheblichen Wirtschaftskosten mittragen müssen. Wenn das Reich seine Beamten nicht mit einbezogen wissen will, muß es die notwendigen Beiträge in Form von entsprechenden Zuschüssen zur Arbeitslosenversicherung leisten. Anders geht es nicht mehr.

Protest der Spitzenverbände dagegen.

Die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften:
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,
Allgemeiner freier Angestellten-Bund,
Deutscher Gewerkschaftsbund,
Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und
Beamtenverbände,

haben am 3. Februar 1930, folgende Entschliessung angenommen:

„Wie aus der Presse bekannt geworden ist, besteht beim Reichsfinanzminister die Absicht, das zu erwartende Defizit der Arbeitslosenversicherung für das Geschäftsjahr 1930/1931 durch eine Zwangsanleihe bei den Landesversicherungsanstalten und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu decken. Gegen diesen Plan müssen die Gewerkschaften schärfsten Protest erheben, denn dieser sogenannte „Gefahrenausgleich innerhalb der Sozialversicherung“ würde nichts anderes bedeuten, als eine Uebertragung der Lasten, die in Zeiten besonderer Arbeitslosigkeit nach dem Gesetz und nach den Grundsätzen einer gerechten Sozialpolitik die Allgemeinheit zu tragen hat, auf ganz anderen Zwecken

Auf eines muß in diesem Zusammenhang noch hingewiesen werden, und zwar auf die Beitragsleistung zur Arbeitslosenversicherung. Die Gewerkschaften beantragten bereits bei der letzten Reform der Arbeitslosenversicherung eine Erhöhung der Beiträge, um das Defizit zu senken, um dem Reich die Opfer zu ersparen, und um die Arbeitslosenversicherung auf eigene Füße zu stellen. Trotzdem muß einmal ausgesprochen werden, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angekommen sind. Es will schon etwas heißen, daß z. B. im Monat November im Durchschnitt auf den Kopf des Versicherten 1,93 Reichsmark Beitrag zur Arbeitslosenversicherung geleistet werden mußte. Die soziale Belastung der Arbeiterschaft reicht vorläufig aus. Es müssen erst wieder einmal Lohn erhöhungen kommen, ehe weitere Schritte in diesem Punkt getan werden dürfen. Das muß warnend ausgesprochen werden. Die Arbeiterschaft brachte schon überreichlich Opfer für die Wirtschaft und für den Staat in vorbildlicher Weise, nun sind die anderen dran.

Weil die Arbeitslosenversicherung nicht nur dem einzelnen von der Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeiter eine Zeitlang Schutz bietet, sondern auch Aufgaben für andere Wirtschaftskreise und für den Staat erfüllt, deshalb muß in außergewöhnlichen Arbeitslosigkeitsjahren wie 1929/1930, die Allgemeinheit in die Gefahrengemeinschaft einbezogen werden und nicht die Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Die Gewerkschaften haben aus all den geschilderten Gründen ein Recht zu dieser Forderung: die andere sozialpolitischen Zweige nicht durch die Arbeitslosenversicherung belasten.

dienende Versicherungsträger. Eine Gefährdung der unmittelbaren Aufgaben dieser Anstalten und eine weitere Ausschöpfung des gerade von ihnen befruchteten Baunarktes, damit eine weitere Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten, würde die unausbleibliche Folge sein. Eine bei weiterer Verschlechterung des Arbeitsmarktes eintretende Verzögerung des Rückzahlungstermins würde die gesamte Sozialversicherung in ihren Grundfesten erschüttern und für die Arbeitslosenversicherung insbesondere zu einer neuen bedrohlichen Krise führen. Nicht Sanierung der Arbeitslosenversicherung und Vererbung der Deffizienten, sondern Gefährdung der gesamten Sozialversicherung und neue Hege gegen die Arbeitslosenversicherung würde das notwendige Ergebnis sein.

Die Gewerkschaften erklären daher als ihre einmütige Auffassung, daß, soweit die Sanierung der Arbeitslosenversicherung nicht durch eine von ihnen für tragbar gehaltene Beitragserhöhung erfolgen kann, auf die Hilfe des Reiches zurückgegriffen werden muß.“

Was jede Kollegin von den Betriebsrätewahlen wissen muß.

Zehn Jahre sind seit dem Bestehen des Betriebsrätegesetzes vergangen. Zehn Jahre hat die Arbeiterschaft das gesetzliche Mitbestimmungsrecht in den Betrieben. Obgleich wir noch nicht zufrieden sein können mit dem Gesetz, so wissen wir doch, daß manches besser geworden ist, viel Unternehmerrückgrat eingedämmt werden konnte. Wir wissen auch, daß bei richtiger Anwendung des Gesetzes durch fähige Kollegen und Kolleginnen den Beschäftigten weitgehendster Schutz zuteil werden kann. Bei Schaffung des Betriebsrätegesetzes trat stark der Ruf der vorwärtsdrängenden Arbeiterschaft hervor, daß die Betriebsräte Organe zur Umwandlung der kapitalistischen Privatwirtschaft in Gemeinwirtschaft werden sollten. Aber im Parlament hat sich die Arbeiterschaft praktisch noch nicht stark genug äußern können, so daß in Zukunft auf diesem Gebiete noch wertvolle Arbeit zu leisten bleibt. Diese Arbeit kann nur bewältigt werden, wenn wir es verstehen die richtigen Arbeitervertreter zu wählen, d. h. wenn wir gut organisierte und den ersten Aufgaben gewachsene Männer und Frauen auf diese Posten stellen. Das müssen besonders die Arbeiterinnen beachten. Niemand dürfen sie sich herbeilassen, unverantwortlichen Wortführern oder gar gewerkschaftlich Unorganisierten ihre Stimme zu geben. Immer müssen sie wissen, daß ihre Rechte nur durch die freien Gewerkschaften und von einer freigezwunglich organisierten Betriebsvertretung gewahrt werden können. Kolleginnen, achtet auch darauf, daß zur rechten Zeit Stellung zur Betriebsrätewahl genommen wird, damit der Betriebsrat ordnungsgemäß gewählt werden kann. Gerade jetzt, bei der großen Arbeitslosigkeit ist die Tätigkeit und das Vorhandensein des Betriebsrates wichtig. Besonders den Kolleginnen gegenüber erlaubt sich der Unternehmer, der Wertmeister, überhaupt bald jeder Vorgesetzte, zu Zeiten der schlechtesten Konjunktur oft eine schikanöse Behandlung. Man nimmt es auch mit den Verträgen gegen die gesetzlichen Schutzbestimmungen nicht so genau. Die hygienischen Einrichtungen lassen oft noch viel zu wünschen übrig. Einstellungen, Entlassungen, Abforderegungen und andere Fragen sind ebenfalls so wichtig, daß die Mitwirkung der Betriebsvertretung unentbehrlich ist.

Bei den kommenden Betriebsrätewahlen ist besonders zu beachten, daß auch Kolleginnen vorgeschlagen und gewählt werden. Diese Notwendigkeit wird leider noch nicht in allen Be-

trieben erkannt. Wir müssen immer wieder erleben, daß oft die Frauen noch ganz in der Betriebsvertretung fehlen, oder nur in geringer Zahl vertreten sind. Auch die Berichte der Gewerbeaufsichtsämter für das Jahr 1928 bringen darüber recht beachtliches Material. Der Gewerbeaufsichtsbezirk Nürnberg-Fürth berichtet da u. a.: „Bei den Betrieben ohne Vertretung handelt es sich überwiegend um Betriebe mit ausschließlich oder vorwiegend weiblichen Beschäftigten, oder solchen, bei denen auf der einen oder anderen Seite wenig Sympathie für eine Betriebsvertretung besteht.“ Stettin berichtet ähnlich: „Besonders in den Betrieben mit ausschließlich oder überwiegend weiblichen Arbeitnehmerinnen fehlt die Betriebsvertretung vielfach. So haben z. B. selbst größere Fischereianstalten, deren Belaglichkeit sich fast aus Frauen zusammensetzt, keinen Betriebsrat.“ Aus Hamburg wird gemeldet: „Im ganzen hat sich die Zahl der gewerkschaftlichen Betriebe über eine Betriebsvertretung vergrößert. Größere Betriebe haben fast stets eine Arbeitervertretung. Nur in einigen größeren Betrieben mit überwiegend unorganisierten weiblicher Belegschaft fehlt sie.“ Schlimm ist es, was da aus Köln berichtet wird: „Bedauerlich ist, daß in manchen Betrieben, die nur Frauen beschäftigen, diese von der Errichtung einer Betriebsvertretung unter Vererbung auf das gute persönliche Verhältnis zum Arbeitgeber in der Regel nichts wissen wollen.“ Ganz richtig führt der Bericht dann weiter aus, daß die Behauptung mancher Arbeiterinnen, das Vorhandensein eines Betriebsrates diene nur dazu, dieses Vertrauensverhältnis zu stören, nur durch Aufkenntnis des Gesetzes zu erklären ist.

Nicht umsonst betonen wir die Notwendigkeit, mehr Funktionärinnen heranzubilden. Ein guter Stab von Vertrauensleuten im Betrieb, gebildet von gut organisierten männlichen und weiblichen Personen, ist auch eine Gewähr für die Schaffung einer gesetzlichen Betriebsvertretung. Wir können es uns einfach nicht mehr leisten, auf dieses so schwer und unter mühevollen Kämpfen errungene Recht zu verzichten. Besonders die Arbeiterinnen können es nicht. Wieviel mehr Streit- und Arbeitsunruhen, oder sonstwie Unstimmigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis betreffen die Frauen. Und wohnen werden sie sich, wenn keine Betriebsvertretung vorhanden ist? Wo fordern sie ihr Recht? Gewa beim Unternehmer, weil sie mit ihm im „guten persön-

lichen Eingemeinungen" stehen? Kolleginnen! Laßt euch nicht täuschen! Schon manchmal hat sich Leidenschaft und Gleichgültigkeit der Arbeiterkraft nur zum eigenen persönlichen Schaden ausgewirkt. Laßt euch nicht zurückreden von Vorgesetzten, indem euch gesagt wird, es ginge doch auch ohne Betriebsrat, sondern seid mütig und denkt auch mal an euer Interesse, das niemals von Gegnern gewahrt werden kann.

Zu beachten ist noch, das bereits tüchtige Kolleginnen in den Betriebsräten mit viel Geschick und Ausdauer in der Interessenvertretung der Arbeiterkraft mitwirken. Und wenn im Anruf des RWB betont wird, das bei der Auswahl der Kandidaten berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebsamkeit und gewerkschaftliche Erfahrung notwendig ist, dann wissen wir, das nicht nur Männer, sondern auch Frauen mit solchen Qualitäten ausgezeichnet sein können. Es ist deshalb auch nicht richtig, wenn es immer noch organisierte Kolleginnen und bereits tüchtige Betriebsfunktionärinnen gibt, die eine Wahl in den Betriebsrat ablehnen mit der Begründung: das kann ich nicht, oder: ich habe keine Zeit, oder: das können die Männer machen, und wie die ungeschönten Ausreden alle heißen. Das ist das Minderwertigkeitsgefühl, das von allen arbeitenden Frauen und Mädchen überwunden werden muß, noch zumal die Praxis zeigt, das wertvolle Kräfte unter den Frauen vorhanden sind. Wir müssen es aber auch gebührend zurückerweisen, wenn Kollegen sich noch auf den Standpunkt stellen, wir brauchen keine Frau im Betriebsrat, oder wenn die Männer überhaupt glauben, alle Fragen im Betrieb ohne Mitwirkung der Frauen entsprechend vertreten und regeln zu können. Es gibt eben spezielle Arbeiterinneninteressen innerhalb des Betriebes, bei denen die Mitwirkung der Frauen geradezu unentbehrlich ist. Erinnert sei nur an die Arbeiterinnen-schulungsbestimmungen, besonders an den Schwangerschutz. Ebenfalls Allortnützlichkeiten kommen bei Frauenarbeit häufig vor. Und es kann hier sicher nicht gleichgültig sein ob nur Männer, oder ob Männer und Frauen gemeinsam für Einhalt der Bestimmungen und Vereinbarungen Sorge tragen. In der Frage der Betriebshygiene, wie Ankleide- und Speiseräume, Abortanlagen, sanitäre Einrichtungen usw., finden wir ebenfalls ein wichtiges Arbeitsfeld für die Kollegin, die für gleiche Rechte und anständigen Arbeitsverhältnisse zu streben vermag. Die zahlenmäßige Stärke der erwerbstätigen Frauen und Mädchen und die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenarbeit zwingt die Gewerkschaftlerin unbedingt zur Aktivität.

Anna Sammert.

Erfindungen und Patente in der Keramik.

Die keramische Industrie ist an den Erfindungen außerordentlich hoch beteiligt. Nach den Ausweisen des Reichspatentamtes belief sich die Zahl der seit Gründung des Patentamtes, von 1877 bis 1928 angemeldeten Erfindungen in Glaswaren auf 5083 und in Tonwaren, Gips, Zement und Kalk auf 22 998. Davon wurde allerdings nur ein Teil patentiert und zwar von den angemeldeten Erfindungen in Glaswaren 2004, also weniger als die Hälfte, und von den Erfindungen in Tonwaren usw. 7494. Diese im Verhältnis zur Anmeldung geringe Zahl der Patenterteilungen rührt daher, weil ein großer Teil der Erfindungen nur einen geringen Wert hat oder weil die Anmeldung in ähnlicher Ausprägung schon vorhanden ist. Grundätzlich werden solche Erfindungen nicht patentiert.

Das Reichspatentamt hat das gesamte Gebiet der Industrie in 89 Klassen eingeteilt. Die Klassen zergliedern sich wieder in Unterlassen und Gruppen. In die Klasse 32 gehört die Glasindustrie und in die Klasse 31 Tonwaren, Zement, Gips, Kalk und Steine. Die Entwicklung der angemeldeten Erfindungen und der Patenterteilungen in diesen beiden Klassen seit Beendigung des Krieges veranschaulicht folgende Tabelle:

Jahre	Tonwaren usw.		Glaswaren	
	Erfind.	Patente	Erfind.	Patente
1919	683	97	70	46
1920	550	217	71	33
1921	758	249	79	46
1922	776	320	56	25
1923	593	293	137	41
1924	744	282	188	59
1925	876	223	215	44
1926	853	236	210	53
1927	1025	240	242	85
1928	1027	212	257	68

Wie man hieran sieht, haben die Erfindungen in den letzten Jahren stark zugenommen, während die Zahl der Patenterteilungen in den einzelnen Jahren sich auf ungefähr gleicher Höhe hält. Damit hängt auch die Tatsache zusammen, das es immer schwieriger wird, auf eine Erfindung ein Patent zu erhalten.

Es ist in diesem Zusammenhange vielleicht nicht uninteressant, einen Einblick in die Patenterteilung zu tun. Wie gelangt man zu einem Patent? Hat jemand eine Erfindung gemacht, die eine Neuerung bringt, so meldet man sie zunächst dem Reichspatentamt an. Hier wird die Erfindung an die zuständige Klasse überwiesen. Bei der Nachprüfung wird nun zu ermitteln versucht, ob die Erfindung „neu“ ist. Neu ist nach den Bestimmungen eine Erfindung nicht, wenn sie in einer öffentlichen Druckchrift aus dem letzten Jahrhundert bereits derart beschrieben ist, das danach die Benutzung durch andere Sachverständige möglich erscheint. Solche Erfindungen werden grundsätzlich abgelehnt. Hat die Prüfungskommission die Patentfähigkeit festgestellt, dann wird die Anmeldung zwei Monate lang in der Anlagengalerie ausliegt, kann jeder Einspruch einlegen. Solange die Einsprüche begründet sind, darf ein Patent nicht erteilt werden. Wird schließlich kein Einspruch mehr erhoben, dann erfolgt die Patenterteilung. Wird eine Erfindung vom Patentamt abgelehnt, dann steht dem Erfinder das Widerspruchsrecht zu.

Die Dauer der Patente kann sich nach der zurzeit geltenden Bestimmung des Patentgesetzes im Höchstmaß auf 15 Jahre erstrecken. Im allgemeinen werden aber von den Erfindern die Patente auf ein bis zwei Jahre verlängert. Der größte Prozentsatz erteilt schon nach dem ersten Jahre. Die Ursachen liegen meist in den Umständen, die bei der praktischen und wirtschaftlichen Verwertung von Patenten den wenigsten Erfindern überhand bleiben und ihr Interesse an einer längeren und kostspieliger werdenden Anrechtserhaltung des Patentsinhabers nicht erlösen lassen. Sich selbst handelt es sich aber um die Gefahr von geringem privaten oder volkswirtschaftlichem Wert. Der ein Patent über einen längeren Zeitraum, etwa bis zu zehn Jahren und darüber anrecht erhält, mag sich schon gefallen lassen, das ihm das Patentamt einen Zuschuß, wenn vielleicht auch nur mittelbaren, Nutzen aus dem erteilten Schutz seiner Erfindung entzieht und ihn dementsprechend schmälert. So verhält es sich mit dem Erfinder, der die letzten Jahre seines Lebens in der Erwartung der bei der Anmeldung und Prüfung vom Patentamt zu leistenden Arbeit zwar verhältnismäßig niedrig mit 50 RM jährlich bezahlet, mit dem nächsten und letzten Jahre auch erst 50 und 15 RM bezahlet, vom nächsten Jahre ab aber nur jährlich 10 RM bis zum 15. Jahre. Die obersten Stufen werden allerdings keine besondere Rolle, da über 15 Jahre hinaus selten ein Patent verlängert wird.

Zu erwähnen ist noch, das neben der Patenterteilung das Patentamt, das sich in Berlin, Gützkowstraße, befindet, auch der Gebrauchsmusterzweig zu überwachet hat. Seit 1891, dem ersten Jahre der Entstehung, wurden in Glaswaren 1948 Ge-

Die südafrikanischen Einfuhmärke für Keramik und Glas.

Die Ansprüche Südafrikas an die internationalen Märkte für Keramik, Glas und Glasprodukte bewegen sich trotz umfassender Anstrengungen die Eigenproduktion zu heben, in aufsteigender Linie. Südafrika verdient damit heute eine ansehnliche Bedeutung für die Ableitung der Ueberflüsse der führenden Industrieländer. Die Aufnahmefähigkeit ist gegenwärtig eine besonders ergiebige für Chinawarenen, Porzellan und Steinzeug, verschiedene Topfwaren wie auch für Glas und Glasprodukte.

Die Absatzbewegung aus den europäischen Staaten, namentlich aus Deutschland, Großbritannien und der Tschechoslowakei, hat sich sehr lebhaft gestaltet. Der führende internationale Export interessiert sich sehr angelegentlich für den südafrikanischen Konsum. Der Markt ist infolgedessen stetig umfrittener. Der Preis spielt eine ausschlaggebende Rolle. Das Landesprodukt kommt im Konsum stark voran. Die Wettbewerbsfähigkeit südafrikanischer Produkte ist infolgedessen stärker in Rechnung zu ziehen. Der Markt ist im allgemeinen freier, da namentlich bei Glaserzeugnissen britische Waren durch Zollnachlässe keine Bevorzugung erfahren.

Die Einfuhr von China- und Porzellanwaren geht ständig aufwärts. Die Importe haben sich hier von einem Werte von 75 000 Pfund Sterling über 77 000 Pfund Sterling auf annähernd 80 000 Pfund Sterling gesteigert. Großbritannien führt noch hier in der Einfuhr, dicht gefolgt von Deutschland, der Tschechoslowakei und Japan. Die Beteiligung Großbritanniens war vor dem Kriege wesentlich umfangreicher. Der britische Anteil ist heute auf etwa 45 Proz. herabgesunken. Namentlich in billigen Waren ließ sich ein größerer Umsatz erzielen. Trotzdem gewinnen auch mittlere und hochwertige Waren mehr Bewegungsfreiheit. Der Konsum interessiert sich gegenwärtig in der Hauptsache für billige Qualitäten, da die Bruchgefahr bei dem langen Transport zum Verbraucher unverhältnismäßig hoch ist, dazu der Verbrauch im Haushalt durch die wenig sorgfältige Behandlung der eingeborenen Bediensteten außerordentlich groß ist.

Etwas rückläufig waren die Ansprüche Südafrikas an die Einfuhr von Steinzeug und Töpferwaren, doch ist hier allgemein der Import wesentlich höher als in Porzellan- und Chinawarenen. Er umfaßt noch immer einen Wert von 200 000 Pfund Sterling. Der britische Absatz konnte sich hier etwas ausdehnen, während dagegen der Deutschlands, und der Tschechoslowakei — beide Länder sind auch hier ebenbürtige Lieferanten Südafrikas — sich etwas abschwächte. Die heimische Erzeugung von Haus- und Küchengeräten aus vorzüglichem Material ist noch nicht sehr umfangreich, doch macht die örtliche Industrie jetzt umfassende Anstrengungen, ihre Leistungen zu steigern. Soweit sich die Verhältnisse augenblicklich übersehen lassen, ist in Zukunft mit einer Steigerung des Einflusses der heimischen Erzeugung auf den Binnenmärkten zu rechnen. Namentlich in Rücksicht auf die Behebung der Dürftigkeit erhöht sich die Nachfrage nach sanitärem Steinzeug. Hier waren die Lieferungen aus Großbritannien während der Kriegsjahre nach besserer Ware verhalten. Auch hier gewinnt die ständig wachsende heimische Erzeugung immer mehr an Bedeutung für die Befriedigung des Binnenbedarfs. In erster Linie gilt das für gläserne Waschanlagen, Wasserflorietts usw. Mit dem südafrikanischen Wettbewerb in dieser Verbrauchergattung ist in Zukunft ganz besonders zu rechnen.

Ziemlich ausdehnungsfähig ist der Markt für technisches Porzellan, in der Hauptsache Isoliermaterial, zumal Anlagen zur Stromerzeugung Südafrikas augenblicklich in größerem Umfange in Bau sind, wie auch Anlagen vorliegen, die in nächster Zeit durchgeleitet werden sollen. Ursprünglich stand ungeleitet durch jede andere Konkurrenz Großbritannien an erster Stelle, doch ist der Amerikaner stark auf diesem Markt vorangekommen und hat bereits den britischen Anteil an der Marktversorgung weit hinter sich gelassen. Die britische Einfuhr sank beispielsweise von einem Wert von über 4000 Pfund auf 2000 Pfund Sterling, während die amerikanische Einfuhr sich von 500 Pfund auf annähernd 7000 Pfund Sterling steigern konnte. Porzellanröhren, Schmelztiegel und anderes Versuchsmaterial für Laboratorien und dergl. bezieht das Land jetzt ausschließlich aus Großbritannien.

Vollkommen verändert ist die Einfuhrlage für Ziegel. Die südafrikanische Erzeugung ist hier gerade in letzter Zeit for-

schrittlich weiter gebracht worden, namentlich auch in Dachziegeln. Der verhältnismäßig hohe Preis für Westblech hat wesentlich dazu beigetragen, die örtliche Produktion von Dachziegeln zu vervollkommen. Soweit Südafrika Aufträge an das Ausland vergab, gingen sie zumeist nach Großbritannien oder nach Frankreich. Die Franzosen machten den Engländern jetzt sehr ernstlich mit ihren Erzeugnissen auf den südafrikanischen Absatzplätzen Konkurrenz. Eine verhältnismäßig größere Beachtung verdient der Einfuhrhandel von Aufhängerzeugen und Wandtafeln. Dieser Einfuhrhandel ist besonders interessant für den deutschen Ausfuhrhandel, da erfahrungsmäßig im letzten Jahre Deutschland, gefolgt von Belgien, in Führung gehen und sogar den britischen Handel hinter sich lassen konnte.

Einer besonderen Beachtung wert ist der südafrikanische Glasmarkt. Im Gegensatz zur keramischen Produktion ist die Entwicklung der heimischen Industrie hier nicht ionderlich vorwärtsgelommen. Wenn auch die augenblicklich erwogenen Maßnahmen zu fortschrittlicher Industrialisierung die südafrikanische Glasindustrie mehr befähigen werden, den Landeskonsum mit dem erforderlichen Glasmaterial zu befriedigen. Die Rohstofffrage ist jedenfalls auch hier vollkommen gelöst. Südafrika verfügt über reiche Ton- und Kristallquarzanvorkommen, die eine beträchtliche Erweiterung der augenblicklich bestehenden Keramik- und Glasfabrikation möglich machen, wie auch für die Herstellung ganz erstklassigen Materials beste Rohstoffe liefern. Augensichtlich wird aber der Glas- und Glaswarenmarkt Südafrikas noch von Ausland kontrolliert. Deutschland, Belgien und die Tschechoslowakei sind die führenden Bestorger. Relativ hoch sind die südafrikanischen Ansprüche an das Ausland an Glasflaschen und Glasgefäßen. Die Importe wachsen hier mit der gesteigerten heimischen Erzeugung von Marmeladen, Frucht-säften, Essigsäuren usw. Die Einfuhr erhöhte sich hier bereits auf 200 000 Pfund Sterling. Trotz der unentwegten Steigerung der Auslandsauforderungen Südafrikas zeigte sich der britische Handel hierin rückläufig. Führer ist die deutsche Ausfuhr.

Flachglas wird in größeren Mengen gefordert. Auch hier hat der einst bevorzugte britische Ausfuhrhandel stark an Boden verloren. Dagegen konnten die Belgier ihren Einfuhreinfluß in dieser Importgruppe sehr erfolgreich steigern. Die Einfuhr von Fensterglas und anderem Flachglas übernimmt jetzt ebenfalls in größeren Mengen Belgien, während auch hier die Ansprüche an den britischen Ausfuhrhandel geringer geworden sind. Besonders ausdehnungsfähig ist hier die Einfuhr besserer Glaswaren.

Für feines, hochwertiges Porzellan findet sich in Südafrika aus obenerwähnten Gründen nur ein kleiner Markt. Mit Ausnahme von Flaschen und Laboratorienbedarf aus Glas liegt die Einfuhr von 138 000 Pfund über 149 000 Pfund auf mehr als 150 000 Pfund Sterling. Deutschland steht auch hier als Importeur weitestens an erster Stelle, gefolgt von der Tschechoslowakei.

Um eine noch flüssigere Einfuhr in Südafrika zu entwickeln, ist eine umfassende Werbearbeit erforderlich. Von besonderem Wert ist dabei eine öffentliche Kellame, in erster Linie die Presse, die weitgehend für die Propaganda herangezogen werden muß, wie im übrigen auch die Kinoreklame. Die südafrikanischen Theater sind hier halb Vaudeville, halb Lichtspieltheater. Bevor die Vorbereitung beginnt, werden in größerem Umfang Kellame-bilder gezeigt. Auch die Zwischenakte werden mit der Vorführung derartiger Bilder ausgefüllt. Wesentlich ist dabei, das bei allen Kellamenvorführungen, wie auch auf dem schriftlichen Werbematerial, der Name des Agenten überall gezeichnet ist. Literarisches Werbematerial hat seinen besonderen Wert namentlich in der Bearbeitung des flachen Landes. Das Midgard der 473 000 Quadratkilometer großen Abischläche bilden etwazwei Millionen Europäer, die Wegbereiter für das allmähliche Eindringen in den Konium der überaus faunischwachen eingeborenen Bevölkerung sind. Diese weiche Kaufkraft ist nun aber nicht in Städten konzentriert, sondern überaus verstreut in kleinen Verbrauchereisen das ganze weite Gebiet. 70 Proz. davon leben außerhalb der städtischen Gemeinwesen. Es gibt überhaupt nur zwei Städte — Kapstadt und Johannesburg — mit über 200 000 Einwohnern, die noch dazu 1600 Kilometer auseinanderliegen. Nur 14 Städte haben mehr als 10 000 Einwohner (insgesamt 600 000).

brauchsmuster eingetragen und in Tonwaren, Gips, Kalk, Zement 8423. Im Jahre 1928 wurden in Tonwaren 381 Gebrauchsmuster angemeldet, davon wurden 165 eingetragen. In Glaswaren betrug die Zahl der angemeldeten Gebrauchsmuster 1928 97, davon wurden 38 eingetragen. Von den angemeldeten Gebrauchsmustern wird etwa die Hälfte eingetragen. Bemerkenswert ist auch, das in dem vom Reichspatentamt geführten Warenzeichensregister seit 1894 rund 250 Warenzeichen bezüglich Porzellan, Ton, Glas, Glimmer und Waren daraus eingetragen wurden.

Schlechtes Frühjahresgeschäft?

Das Institut für Konjunkturforschung sieht dem Frühjahresgeschäft mit einigen Sorgen entgegen. In dem Wochenbericht vom 5. Februar untersuchte es das Problem Arbeitslosigkeit und Konsumkraft und kommt dabei zu folgenden Feststellungen: In den kommenden Wochen ist mit einer wesentlichen Beeinträchtigung der Konsumkraft durch die Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die Behebung, die die Massenkonsumkraft in den Frühjahrsmonaten durch die saisonmäßige Zunahme der Beschäftigungsmöglichkeiten zu erfahren pflegt, wird in diesem Jahre durch die wachsende konjunkturelle Arbeitslosigkeit erheblich gehemmt werden. Die Beschäftigung der Konsumkraft bei konjunktureller Arbeitslosigkeit ist anders, als wenn diese saisonmäßig ist. Die saisonmäßige Arbeitslosigkeit ist vorübergehender Natur; auf deren Folgen hat sich die Konsumkraft eingestellt. Dagegen führt die konjunkturelle Arbeitslosigkeit dazu, auf längere Zeit Arbeitskräfte vom Bezug des normalen Einkommens auszuschließen. Durch die Unternehmungsbezüge wird der Konsumkraftausfall bei weitem nicht ausgeglichen. Somit ist von der Einkommenseinbuße her mit einer weiteren Verschlechterung der Umverteilung des Einzelhandels in den nächsten Monaten zu rechnen. Vom Einzelhandel aus wird eine lähmende Wirkung auf die übrigen Zweige und auf die Produktion ausgehen. Die Ausnahmen sind also nicht sehr rosig. Es sei denn, das die Arbeitslosigkeit schneller beseitigt werden könnte. Vielleicht trägt die Erleichterung des Geldmarktes und die Reparationsfrage hierzu bei.

Leipziger Messe und Export.

Die Leipziger Messe, als die deutsche Hauptmesse, ist ein internationaler Warenvermittler größter Stils. Durch ihre gute Exportwerbung verstand die Leipziger Messe, die Zahl der Auslandsbesucher von Jahr zu Jahr zu erhöhen. Und mit dem Anwachsen der Auslandsbesucher, der Interessenten für deutsche Waren- und Dienstleistungen, stieg auch der Wert der jährlich exportierten Fertigwaren. Auf der Frühjahrsmesse 1929 betrug die Zahl der Auslandsbesucher rund 16 000 und der Wert der im Jahre 1928 exportierten Fertigwaren 3190 Mill. RM. 1928 war die Zahl der Auslandsbesucher auf 29 500 und der Wert der exportierten Fertigwaren auf 6720 Mill. RM. gestiegen. Nach der Frühjahrsmesse 1928 wurde zum erstenmal der Versuch gemacht, die Höhe der auf der Leipziger Messe getätigten Umsätze schätzungsweise zu ermitteln. Sie wurden auf

einen Betrag von 1 Milliarde RM. als unterste Grenze festgestellt. Aus den Berichten der Aussteller ging weiter hervor, das etwa die Hälfte der auf der Messe tätigen Geschäfte nach dem Ausland abgeschlossen wurden. Wühin beträgt der Wert des durch die Reichsstatistik 1928 angeregten Exports mindestens 500 Mill. RM.

Da der Gesamtumsatz, der durch die Messe und im Gefolge der Messe im Jahre 1928 entstand, auf 2 bis 2 1/2 Milliarden RM. geschätzt wird, und da die Hälfte der Geschäfte als Exportgeschäfte anzusehen sind, so kam 1928 rund 1/4 des gesamten deutschen Fertigwarenexports auf der Leipziger Messe zustande.

Und Untersuchungen des Reichsstatistischen Amtes im Sommer 1928 ergaben, das rund 2,07 Mill. RM., d. h. 13 Proz. der gesamten Arbeiter- und Angestelltenchaft in Betrieben der Leipziger Messeaussteller arbeitet.

In Anbetracht der engen Verflechtung des Außenhandels und des Messewesens ist ein Gebot volkswirtschaftlicher Weitsichtigkeit, dem Außenhandels- und vor allem dem Leipziger Messewesen, das ja der eckantante Exportvermittler ist, eine sorgfältige Pflege und Förderung angedeihen lassen.

Wirtschaftliche Arbeitskämpfe im Jahre 1929.

Die jeweilige Kurve der wirtschaftlichen Arbeitskämpfe zeigt an, wie um das Sozialprodukt gerungen wurde. Kampfjahre waren die Jahre 1925, 1927 und 1928. In den Jahren 1926 und 1929 war die Zahl der Streiks und Ausperrungen gering. Die nachfolgende Tabelle gibt über die angewandten Streiks und Ausperrungen im letzten Jahrzehnt Auskunft:

Jahre	Beteiligte Arbeiter (in 1000)		Zahl der verlorenen Arbeitstage (in Millionen) durch	
	Streiks	Ausperrungen	Streiks	Ausperrungen
1925	510	268	778	11,5
1926	60	44	101	0,9
1927	233	270	503	2,9
1928	328	452	780	8,5
1929	115	95	210	1,8

Die meisten Streiks wurden 1925 ausgefochten. Die Kämpfe dieses Jahres dienten dazu, den deutschen Arbeitslohn erst auf eine solche Höhe zu bringen, damit ein Leben als Kulturmenschen überhaupt notwendig ist. An Selbstigkeit der Arbeitskämpfe steht das Jahr 1928 nicht viel nach. Namentlich wurden sehr viel Ausperrungen durchgeführt. Das verfluchte Jahr brachte einer Anzahl von rund 4 Millionen Arbeitstätigen. Einen Ausfall an Lohnzahlungen in Höhe von rund 30 Mill. RM. kann man in Aufsch bringen. Diese Summe ist aber verhältnismäßig gering, wenn in Berücksichtigung gezogen wird, das allein durch die Arbeitslosigkeit eine Bruttolohnsumme in Höhe von drei Milliarden Reichsmark verloren ging. Die verlorenen Arbeitstage durch Streiks und Ausperrungen sind wühin noch nichts gegen die erspartenen Feiertage, die die Arbeitslosigkeit einem großen Teil der deutschen Arbeiter auferlegt.



Deutsches Flaschensyndikat.

Durch mehrere kurze Abhandlungen im „Keramischen Bund“ sind wir bereits die Bedeutung des neugegründeten Deutschen Flaschensyndikats für die Volkswirtschaft und für die Arbeiterwelt gezeigt. Die deutschen Flaschenindustriellen haben seit länger Zeit den Wert festgefügtter Organisationen erkannt, gleich ob dieselben ihre Arbeiten auf sozialpolitischer oder wirtschaftlicher Grundlage führen. Fast seit Bestehen des Arbeiterverbandes der deutschen Flaschenindustrie, der Vereinigung deutscher Flaschenfabriken, mit dem Gründungsjahr 1890, besteht auch die Preisconvention, die bislang die Einteilung der Produktion der Verbandshütten sowie die Preisregulierung der Flaschenherstellung vornahm. Diese Preisconvention reichte bei der jetzt stark mechanisierten Flaschenindustrie nicht mehr aus, einmal die Außenleiterbetriebe ebenfalls die Mechanisierung durchzuführen hatten, und den Markt mit ihrer großen Produktion zu überfluten. Seit mehr denn drei Jahren versuchten die drei Konzerne, und zwar der sogenannte „Dit-Konzern“, umfassend die Betriebe der Siemens-Stralauer-Glasbläserwerke, sowie die beiden Heye-Konzerne, eine Regelung der Produktionsquoten und der Preisbildung für die gesamte deutsche Flaschenindustrie herbeizuführen. Die Verhandlungen mit den größeren Außenleiterbetrieben über die Verteilung der Produktionsquoten konnten ursprünglich zu keiner Verständigung führen, da alle Betriebe bestrebt waren, nach Möglichkeit für die volle Jahresproduktion Aufträge zu erlangen. Erst nachdem die großen Konzerne wesentliche Abstriche von ihren eigenen Jahresquoten zugestanden haben, überzeugte man die Außenleiterbetriebe, daß auch sie mit einer geringeren Erzeugungsquote einverstanden sein müssen. Die Zahlen über die Herstellung von Flaschen in der deutschen Flaschenindustrie haben wir bereits schon einmal gebracht, auch die zugeteilten Produktionsquoten für die größeren Konzerne. Wir sind heute in der Lage, die genauen Verteilungsquoten des neugegründeten Flaschensyndikats auf alle Konzerne und Betriebe zu veröffentlichen. Nach diesen Darstellungen steht fest, daß in der deutschen Flaschenherzeugung es nur vier Außenleiterbetriebe gibt, und zwar Hindenburg, Amberg, Milbronn und Königsee. Im letztgenannten Betrieb werden hauptsächlich nur große Glasgefäße gefertigt.

Das festgestellte Gesamtcontingent der deutschen Flaschenverleihsellschaft mit dem Sitz in Rüsseldorf beträgt 639,45 Millionen Flaschen im Jahr. Dieses zu errechnete Gesamtcontingent verteilt sich wie folgt auf die einzelnen Konzerne resp. Betriebe:

A-B für Glasindustrie vorm. Fard. Heyde Düsseldorf 169,66 Mill.	A-B für Glasindustrie vorm. Frikar. Siemens Dresden 105,88 Mill.	H. Heye Glasfabrik Hamburg - Schauenstein 80,01 Mill.	Glaswerke Ruhr AG Essen - Nörten 67,50 Mill.
Oldenburgische Glashütte Oldenburg 58,66 Mill.	Stralauer Glasbläser AG Berlin - Stralau 58,45 Mill.	Gebr. Stoppesand Ham.-Gres. a. A. Rinteln, Werr. 33,94 Mill.	Hallesche Plattenfabrik Halle a. S. 20,15 Mill.
Himmly Holscher u. Co. Nürnberg 12,65 Mill.	H. Dietrichs & Co. Bergedorf b. Hamburg 12,31 Mill.	Glasbläser Aschersleben 9,76 Mill.	V. Lindner u. Co. Leipzig 5,65 Mill.
C. E. Probst Westerb. u. G. 3,10 Mill.	W. Hoffmann Wittenberg 2,65 Mill.	A. G. Müller Pritzsch 1,08 Mill.	

Der Contingentierung nicht unterstellt sind Flaschen aus weisem Glas, Tafelgläser, Champagnergläser, Konserngläser, Standgefäße, Krüge, Kannen und Kampfergläser. Bei Streitfällen entscheidet der gewählte Ausschussrat des Syndikats. Das neugegründete Flaschensyndikat hat in seinen Statuten festgelegt, daß die getroffenen Vereinbarungen bis zum 31. Dezember 1929 laufen. Der Gesellschaftsvertrag verlängert sich jeweils um fünf Jahre, wenn er nicht spätestens ein Jahr vor Ablauf der Vertragsfrist gekündigt wird. Zu dieser Kündigung ist jeder Gesellschaftler befugt. Die Kündigung hat für den Ausschuss die Wirkung des Ausstehens nach Jahresfrist. Zu Geschäftsführern im Flaschensyndikat sind Gustav Kemena, Rüsseldorf, und Reinhold Bender, Dresden, bestellt.

Durch die Neugründung hat die deutsche Flaschenindustrie Monopolstellung erlangt. Für die Volkswirtschaft wäre zu erwarten, daß diese Vormachtstellung nicht dazu ausgenutzt wird, um Konsumenten und Arbeiter zu brüden. Das Reichswirtschaftsministerium dürfte sich hinsichtlich des Recht vorbehalten haben, auf Grund der Kartellgesetzgebung entscheidenden Einfluß zu genehmer Zeit ausüben zu können.

Die Arbeiterchaft in der Flaschenindustrie sollte durch die Herstellung der geschlossenen wirtschaftlichen Macht der Arbeitgeber in der Flaschenindustrie erneut den Beweis erhalten haben, daß ihre Existenzbedingungen ebenfalls nur durch geschlossene Abklärung im Keramischen Bund, den Verhältnissen entsprechend, ausgestaltet werden können.

Achtung! Grenzarbeiter Deutschland — Tschechoslowakei.

Von unserer deutschen Bruderorganisation in der Tschechoslowakei (Sitz Zannwald) werden wir angefordert, im „Keramischen Bund“ auf folgendes hinzuweisen:

„Der tschechischen Organisation gehen in den letzten Wochen Anträge für gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung und Staatsbeitrag zu, ohne daß diese Grenzarbeiter in der Zentrale Zannwald als Mitglieder gemeldet sind.“

Es wird infolgedessen darauf aufmerksam gemacht, daß jeder Kollege, der als Grenzarbeiter Mitgliedsbeiträge vom deutschen Verband der Tschechoslowakei hebt, zuerst den formellen Uebertritt in Zannwald zu vollziehen hat. Außerdem hat jedes Mitglied des deutschen Verbandes in der Tschechoslowakei eine Mitgliedsanmeldung eigenhändig zu unterschreiben.

Ist der Uebertritt in den deutschen Verband der Tschechoslowakei der Zentrale Zannwald nicht gemeldet, reißt sie in Zukunft keinerlei Unterstützung mehr an, auch dann nicht, wenn der betreffende Kollege in seinem Mitgliedsbuch Beitragsmarken vom deutschen Verband der Tschechoslowakei geteilt hat.“

Trostlose Zustände in der Glas-Hausindustrie.

Sind schon die Hausindustriellen Schmerzenskinder im Wirtschaftslieben, so sind es die Christbaum schmuck- u. Puppenaugen-Hausindustriellen ganz besonders. Nicht allein die Eigenartigkeit der Christbaum schmuck- und Puppenaugenindustrie ist schuld an den trostlosen Zuständen, sondern die Hausarbeiter selbst, Hand in Hand mit den Unternehmern, den Verlegern. Sie schrien schon so oft in bitterster Not nach Hilfe. Alle möglichen Organisationen wurden gegründet und wieder zugrunde gerichtet, weil man keine Beiträge bezahlte, und soweit Rohstoffe abgegeben wurden, wurden diese gepumpt und nicht bezahlt. Die Herren Verleger waren immer dabei die Nutznießer, und wußten die Gleichgültigkeit wohlweislich für sich auszunutzen. Aber nicht nur alle möglichen Unternehmerorganisationen wurden gegründet und wieder zerfallen, auch alle möglichen, politisch rechtstehenden Parteien wurden um Hilfe angegangen. Da aber diese kein Verständnis für die Notlage hatten und nur froh waren, von den gleichgültigen Hausarbeitern gewählt zu werden, kamen neue Gelder zum Vorschein, „Dugenberg und Sittler“, und siehe da, der größte Teil der Christbaum schmuck- und Puppenaugenmacher sieht in denen die Retter. Arme Hausarbeiter, wie wird es euch ergehen, wenn diese Diktatoren ihre Macht ausüben! Ein Glück für die Arbeiterchaft, daß es nicht überall solche Arbeiter gibt. Obwohl der Fabrikarbeiterverband schon große Opfer für diese Industrie gebracht, der Arbeiterchaft weitgehendste Rechte verschaffen hat, wissen sie nicht, was es heißt, einen Tarifvertrag zu besitzen. Wissen überhaupt nicht, was Arbeitsrecht, Arbeitsschutz bedeutet. Wenn man der Wohlthätigkeit der Verleger überläßt oder auch die anderen Herren Verleger, barfuß nach Sonneberg zu laufen, und sich dort ihre Hungerdennungen abzuholen, sie sind imstande, dies auszuführen. Gestalt doch erst vor kurzem der Wohlthätigkeit, daß die Christbaum schmuckmacher nach Sonneberg mühten, um sich dort Arbeit zu holen für einen Hungerlohn. Trotzdem ein guter Teil dieser Christbaum schmuckmacher arbeitslos waren, strömten sie mit der Bahn nach Sonneberg, um dort vor die Tische gestellt zu werden: „Freiß Vogel — oder stirb.“ Vielleicht kommt es noch soweit, daß mit der Peitsche oder dem Rohrstock geprügelt wird, wer nicht mitmachen will.

Es besteht ein Tarifvertrag, jeder Verleger weiß genau, was die Artikel kosten; jeden Herbst werden Arbeitsvorlagen ausgehört, und trotz alledem werden die Glasbläser zu den Unternehmern geladen und werden mit allen möglichen Mitteln bearbeitet, unter Tarif zu schaffen. Kein Hausarbeiter findet den Mut, den Herren ins Gesicht zu sagen: „Es geht nicht mehr, wir geben zugrunde, wir kommen um unter Häuschen, soweit wir eins bleiben.“ Wir müssen bei diesen Entsetzlichen Schanden machen, müssen Rohstoffe und sogar Lebensmittel voragen, welche wir bei diesem Hungerlohn nie wieder bezahlen können. Selbst der im Tarifvertrag enthaltene Stundenlohn von 57 Pf. für Männer und 37 Pf. für Frauen reicht nicht zum Leben, und trotzdem saßen diese Ausbeuter nicht einmal diesen Hungerlohn.

Die Folge davon ist, daß Frauen und Kinder, alte Väter und Mütter von früh bis spät abends schreien müssen, um nur einigermaßen den Lebensunterhalt zu bestreiten zu können. Eltern werden zum Ausbeuter ihrer Kinder, soweit sie gezwungen sind, mitzuarbeiten; Kinder werden zum Ausbeuter ihrer alten Eltern, soweit sie bei verheirateten Kindern leben müssen. Die Christbaum schmuckmacher, welche mit Mitarbeitern, Mitarbeiterinnen und Ausbläsern arbeiten, werden zum Ausbeuter dieser Hilfsarbeiter, die in vielen Fällen die eigenen verheirateten Kinder oder Verwandte sind. Obwohl auch für diese Hilfsarbeiter ein Tarifvertrag besteht, erhalten sie von den Fertigmachern diesen nicht, weil sie für die Verleger unter Tarif arbeiten. Das Bedauerliche dabei ist, daß diese Tarifschänder das ganze Jahr hindurch täglich bis 13 Stunden schufteln, während ein guter Teil auf der Straße liegt, und mit 10 bis 15 RM Arbeitslosenunterstützung sein Leben fristen muß. Infolge des geringen Lohnes erhalten die Hausarbeiter auch geringe Unterstützung. Der Ruf nach oerechter Arbeitszeit hat unter den Hausarbeitern immer stärker. Ob ihnen die Oafenkriegsregierung dabei behilflich ist, welche sie gewählt haben, wird im Ernst niemand glauben. Die Gewerbebehörde greift nicht einmal da ein, wo Betriebe vorhanden sind, welche drei bis swanzig Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen. Es kommt sogar vor, daß in alten, niedrigen Dachwohnungen mehrere Hilfsarbeiter beschäftigt werden; dabei muß bemerkt werden, daß fast kein einziger Fertigmacher einen Arbeitsraum besitzt, welcher den gesundheitlichen gesetzlichen Bestimmungen entspricht, und trotzdem werden in diesen Räumen, wo die Gasmischaue allein der Sauerstoff verbraucht, wo noch Spiritus, Salmtalgeist- und Lackfarbengeruch vorherrscht, mehrere Hilfsarbeiter beschäftigt.

Aus all diesen Zuständen ziehen Hunderte von Verlegern den größten Nutzen. Wie lange werden sich die Arbeiter dies noch gefallen lassen, denn die Leidtragenden sind nicht nur die Hausarbeiter selbst, sondern die Betriebsarbeiter in diesem Bezirk haben ebenfalls schwer darunter zu leiden.

Teuplitz N/L.

Die Zeiten unaufrichtiger Arbeitsmarktlage mit der üblichen Reflexion an Arbeitskräften sind den Unternehmern schon immer als Idealzustand und geträumte Gelegenheit erschienen, ihre arbeiterfeindlichen Bestrebungen zur Durchföhrung zu bringen. Diese Gelegenheit will sich offenbar auch die Firma Karl Vöter, Bleikristallglaswerk G. m. b. H. in Teuplitz (N. L.), nicht entgehen lassen. Vielleicht als etwas veripädetes Weihnachtsgeschenk präsentiert sie der Arbeiterchaft

eine Herabsetzung der Stücklohngröße um 25 bis 30 Proz. mit der Begründung, die wöchentliche Lohnsumme müßte um diese Zahl herabgedrückt werden. Was würde man wohl hierzu bei Firma sagen, wenn die Arbeiter statt dessen nur die Verdienstmögen, ihre Lohnsumme müßte wöchentlich um 20 Proz. erhöht werden, weil es im Haushalt gebraucht wird. Die Antwort, die die Arbeiter geben würde, sollen sie auch getarnt für sich gelten lassen. Die jetzt gezahlten Stücklohngrößen sind durchwegs dem, wie sie anderwärts üblich sind und zum Teil noch darüber hinausgehen. Trotzdem bemüht man sich, anderwärts geltende Tarife in recht eigenartiger Weise als Grundlage zu benutzen. Es ist für eine Firma ein sehr bequemes, vor anderen Gesichtspunkt aber ein durchaus vernünftiges Verfahren, aus allen möglichen Gegenständen Tarife heranzuholen und die einzelnen Sorten immer nach den Lagen einzuteilen, die am niedrigsten sind. Für einen Fachmann wäre es eine Selbstverständlichkeit, zu wissen, daß in jedem Stücklohn Tarif neben gering bezahlten Sorten besser bezahlte zum Ausgleich geführt werden. Das Herabnehmen größerer Löhne wie in anderen Kristallfabriken, die höhere Leistungen zulassen, aber immer nur mit erhöhtem Kräfteaufwand erzielt werden können, rechtfertigt solche Methoden durchaus nicht. Das gleiche gilt von den neuerdings eingeföhrten Maße, 1/2 Liter-Maße als 1/4 Liter, überhaupt größere als kleinere Maße auszuzeichnen und so zu berechnen. Im Volksmunde würde man ein solches Handeln mit „Bemogeln“ bezeichnen. Wenn sich die Belegschaft gegen diese Methoden wendet, heißt es in üblicher Weise: Wem's nicht paßt bei uns, kann gehen, wir haben soviel Leute, daß wir mehrere Leuten befehen können. Eine seitene Kunst in jetziger Zeit, wo die angeglich zu faulen Arbeitslosen zu dem Strohhalm greifen. Da wir damit rechnen müssen, daß die Firma ihre Absichten auch mit den brutalsten Mitteln, wie Entlassung und Einstölung neuer Glasmacher, zu erreichen versuchen wird, warnen wir ein-dringlich, Arbeitsangebote nach hier zu richten bezw. auf solche der Firma einzugehen. Wer das nicht beachtet, möge bedenken, daß er sich nicht nur an uns, sondern auch an sich selbst veründigt und im übrigen noch die Folgen für sein Handeln zu tragen hat.

Wehrau.

In Wehrau, Kreis Bunzlau, befindet sich die Künftiglich zu Solmsche Glasfabrik „Andreas hütte“, seit 1911 in Pacht der Herrn Kaiser & Co. Ein guter Stamm Arbeiter ist vorhanden. Als genannte Herren den Betrieb übernahmen, erlärten sie der Arbeiterchaft, höhere Löhne vorläufig nicht zahlen zu können, da ja die Firma auch noch am Anfang stehe und sich entwickeln müsse. Auf diese Art war es möglich, das kleine Wert bis auf den heutigen Tag trotz des Konkurrenzkampfes zu erhalten. Wie in vielen kleinen Orten fand auch die heutige Arbeiterchaft nach dem Kriege den Weg zur Organisation. Auch die Firma versäumte nicht, dem Schutzverband beizutreten. Die Bemühungen der Firma während der Inflationszeit betrafen die Geldbeschaffung zur regelmäßigen Lohnzahlung erkennen wir an.

In letzter Zeit aber hat sich vieles geändert. Einmal und allein auf Kosten der Arbeiterchaft beginnt man hier zu rationalisieren und zu sparen. Einem großen Teil der Belegschaft wurden Kürzungen der Akfordlöhne von 5 bis 15 Proz. diktiert. Das geschah ohne Rücksichtnahme mit der geistlichen Vertretung. Betroffen von dieser Maßnahme sind in der Hauptsache Klein- und Haushälter. Als Begründung führt die Firma an, daß in anderen Schleifereien in großer Zahl Männer und Mädchen beschäftigt werden, die natürlich viel billiger arbeiten. Das alles geschieht trotz Tarifvertrag und Schiedsgericht.

Daß die Arbeiterchaft stets Entgegenkommen bewiesen hat, sollen folgende Zeilen beweisen: Kurz vor Weihnachten stellte die Firma an den Betriebsrat das Ansuchen, während der Weihnachtswache den Betrieb ruhen zu lassen. Dem wurde stattgegeben, trotzdem die Kündigung nicht ausgesprochen war. Diese Zeit später ging man dazu über, Kurzarbeit einzuföhren. Auch dieses wurde ohne Kündigung hingenommen, um die Kollegenschaft vor Entlassungen zu schützen. Niemand dachte daran, daß die Firma das Entgegenkommen der Arbeiterchaft für einen Lohnabbau ausnützen werde. Bemerkten müssen wir noch, daß der Durchschnittslohn der Gruppe 3 höher ist als der hiesige Durchschnittsverdienst. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß auch in Wehrau Tarifverträge innegehalten werden. Auch der Schiedspruch vom 20. April 1929 muß für hiesigen Ort Gültigkeit behalten.

Ruhland.

In der Weighohlglasindustrie machen sich jetzt des öfteren Anzeichen bemerkbar, welche darauf hinausgehen, die bestehenden Akfordtarife zu verschlechtern. Trotzdem durch Urteil des Oberchiedsgerichts festgelegt wurde, daß Akfordtarife während der Laufdauer des Tarifvertrages nicht herabgesetzt werden können, versuchen es die Arbeitgeber immer wieder.

Bei diesen Bestrebungen glaubte nun auch die Betriebsleitung in Ruhland nicht absteits stehen zu können und überreichte dem Betriebsrat einen neuen Akfordtarif. Zu diesem Voranschlag kann man nur sagen: Wehdenheit ist eine Bier, doch weiter kommt man ohne ihr. Wenn diese Akfordtarife zur Verrechnung gelangen würden, dann wäre der heile Arbeiter nur in der Lage, wöchentlich Verdienste von etwa 40 RM zu erreichen.

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung ist dieser Voranschlag zur Kenntnis gebracht worden, und er fand bei den Kollegen nur ein allgemeines Kopfschütteln, da er von der Arbeiterchaft überhaupt nicht diskutiert werden kann. Die Betriebsleitung droht, den Betrieb stillzulegen, und glaubt auf diese Art und Weise die Arbeiterchaft geängigt zu machen. Des weiteren hat die Firma auch schon einzelne Entlassungen vorgenommen und begründet diese mit Arbeitsmangel.

Wir bitten die gesamten Kollegen, Arbeitsangebote nach Ruhland zu unterlassen und erwarten, daß dieser wider Appell überall beachtet wird.

Königsee.

Die Porzellanfabrik Beck & Glaser in Königsee, die seit einem halben Jahr völlig stillgelegt war, wurde beim zwangsweisen Verkauf durch das Amtsgericht in Königsberg von der Kreisverwalter Rudolfstadt als Sachzielende mit 17.000 RM erworben. Das Kaufobjekt war hierbei auf 80.000 RM geschätzt. Unter normalen Verhältnissen ist es auf 200.000 RM zu schätzen. Die Fabrik, deren Gebäude erst vor wenigen Jahren errichtet wurden, beschäftigte zu Zeiten bis zu 150 Arbeiter und hatte bewohnliche Wohnungen an das Ruhland. Ueber die weitere Verwendung des Unternehmens ist bisher noch nichts bekannt.

Welsow N.-L.

Wegen anhaltenden Abnahmangel sah sich die Firma Biensfeld & Co., Glasfabrik Germania-Gürtz, gezwungen, die Stilllegung eines Dienst zu beantragen. Die Stilllegung ist von der Regierung genehmigt worden, so daß mit Ablauf der Zwangsfrist am 24. Februar 1930 130 Arbeiter und Arbeiterinnen zur Entlassung kommen. Die Firma produziert auf ihrem alten Werk nur Beleuchtungsgeräte und stellt Lampenzylinder für den Export. Wäher war sie immer gut beschäftigt gewesen, auch in jählechtesten Zeiten, und es ist zu hoffen, daß bald wieder eine Veränderung zugunsten der Arbeiterchaft eintritt.



Wirkungen der Maschinenarbeit in einem Ziegeleibetriebe.

In Nummer 1 des „Keramischen Bundes“ berichtete ich über die Entwicklung der Ziegeleiindustrie im Koblenz-Neuwieder Becken. Heute möchte ich an dieser Stelle die Produktionsergebnisse und die Wirkungen der Maschinenarbeit in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung eines Ziegeleibetriebes schildern. In dem oben genannten Bericht habe ich ja bereits die Schäden der Rationalisierung gestreift.

Vom Jahre 1925 ab ging es mit der Rationalisierung sprunghaft in die Höhe. Mit dem Automaten wurde die Produktion gewaltig gesteigert; mit den Ringelgen-Automaten werden heute in acht Stunden 35 000 50- oder 40 000 40-Zollsteine angefertigt. Mit den Ringelgen-Universalmaschinen werden 2700-3500 Zehnhohlblocksteine produziert. Allein durch diese beiden Automaten wurden insgesamt 43 Arbeiter brotlos, die erforderlich gewesen wären, die Produktion von Hand vorzunehmen. Es soll hierbei nicht vergessen werden, daß man konkurrenzfähig bleiben wollte gegenüber den Nachbarbetrieben, nicht zuletzt, um den Bedürfnissen des Baumarcktes gerecht zu werden.

Den gesteigerten Bedürfnissen des Arbeiters auf Grund der Technisierung hat man bisher leider nicht entsprochen; man wird auch, wenn die Masse der Ziegeleiarbeiter weiter im Dunkeln tappt, ihren Forderungen so schnell nicht gerecht werden.

Die wirtschaftlichen Vorteile sind vor allem folgende: Die Anschaffung der Maschinen hat eine Verringerung der Arbeitskräfte zur Folge, sowie Erhöhung der Produktion. Die Herstellungskosten sind ebenfalls geringer. Für das Aufbringen von 1000 40-Zollsteinen wurden vor dem Kriege 4,50-5,50 RM gefordert. Die Löhne an dem Automaten sind wie folgt festgesetzt: Insgesamt sind an dem Automaten 13 Leute beschäftigt, 7 davon am Automaten selbst, nebst 6 Leuten am Maschinieren. Die ersten erhalten pro Stuck und Tausend 0,31 RM, der Ausfahrer pro Tausend 1,70 RM.

Eine Verbilligung auf dem Markt ist aber noch nicht eingetreten, trotz der niedrigen Löhne in der Ziegeleiindustrie, und nicht zuletzt trotz der gewaltigen Erhöhung der Leistungen des einzelnen. Der Aufschwung, die Vergrößerung des Betriebes und die Rationalisierung kommt doch nicht von der Unrentabilität. Der Unternehmer wagt es aber zu behaupten, das geschähe im Interesse der Arbeiter. Wer lacht da? Wenn aber ältere Arbeiter um Arbeit fragen, erwidert man erst ärmlich, wir haben doch keine Verjüngungsanstalt. Durch die Maschinenarbeit werden auch die Leistungen des Arbeiters gesteigert, weil letzterer sich in dem Gang der Maschine anpassen muß, um überhaupt noch als leistungsfähiger Arbeiter angesehen zu werden. Der Ruf nach jüngeren Arbeitskräften tritt immer mehr in Erscheinung, da ja für die Vermehrung des Lohnes das Alter maßgebend ist; die Ausgaben an Löhnen und sozialen Lasten sind dadurch geringer. Bei Entlassungen stehen die älteren Arbeiter fast immer als erste auf der Liste. Die Klagen der älteren Arbeiter sind gar nicht niederzuschreiben, denn als alter Arbeiter in einem anderen Betrieb unterzukommen, ist ja so gut wie ausgeschlossen, und sind die Klagen allzu berechtigt.

Gegenüber dem Sonderbetrieb stellt die Maschine auch gleichmäßigere Ware her, da der Druck der Maschine immer derselbe ist, haben die Steine inselgedessen auch mehr Druckfestigkeit. Die Steine bedürfen nur noch einer Lagerung von 5-6 Wochen, um verarbeitbar zu sein, wogegen früher der Kalkstein 3-4 Monate liegen mußte, ehe er verladen werden konnte.

Die Wirkungen in sozialer Beziehung für den Arbeiter: Vor allem haben wir heute zu verzeichnen, daß Frauen und Kinder aus dem Betrieb verschwunden sind. Früher waren beinahe 90 Proz. der Frauen und Kinder der Schwemmsteinarbeiter mit tätig. Familienleben und Kindererziehung wurden vernachlässigt; heute kann sich die Frau und Mutter mehr dem Haushalt widmen und das Geld des Mannes besser bewirtschaften. Das Familienleben wird nach innen und außen gefördert. Die Arbeitszeit ist heute zum Teil gegen früher erheblich herabgesetzt worden. Dem denkenden Arbeiter bleibt doch nunmehr Zeit, zu der so bitter notwendigen zeitlichen Weiterbildung. Ferner sind die Organisationen bestrebt, den Lohn der Arbeiter heranzuführen sowie die Verfürung der Arbeitszeit durchzuführen. Das kann aber nur geschehen, wenn der letzte Ziegeleiarbeiter sich dem Keramischen Bund im Verband der Fabrikarbeiter anschließt, um menschenwürdige Verhältnisse in der Ziegeleiindustrie zu schaffen. Bei den kommenden Lohnbewegungen wird sich die Rückständigkeit der Arbeiter sehr zu ihrem Schaden auswirken. Der Unternehmer steckt die Profite ein, die wirtschaftliche Lage des Arbeiters wird aber von Jahr zu Jahr schlechter. Fr. S. H.

Soziale Not der Ziegeleiarbeiter.

Ausbeutung — Raubbau der Arbeitskraft — Ausschluß aus dem Produktionsprozess — Krankheit, Elend und Not. Proletariatschicksal! Der Werdegang der Lohnsklaven in der Zeit der kapitalistischen Wirtschaft. Die furchtbaren, alles Gesehnde zerstörenden Wirtschaftskrisen, das Hauptmerkmal des unfähigen, im profigen Herrmentum geführten kapitalistischen Wirtschaftssystems, bringen die Arbeiterklasse in Bedrängnis. Entweder — verreckte Hund, oder — kämpfe mit der ganzen Kraft des menschlichen Weisens um deine Existenz. In einer solchen Lage befindet sich auch die Ziegeleiarbeiterklasse, die durch die rationale, technisch alles umwälzende Zeit in ihrer Lebensmöglichkeit so eingezogen wird, daß man von einer großen Not reden kann. Die Auswirkung der Finanznot, die Unmöglichkeit der Arbeitsbeschaffung für die durch die Rationalisierung aus dem Produktionsprozess ausgeschlossenen Arbeiter bringen die Arbeitermassen in katastrophale Not.

Das vergangene Jahr brachte nur einen Teil der Ziegler ins Arbeitsverhältnis; vielfach nur fünf Monate. Nicht einmal die Zeit wurde erreicht, die notwendig ist, um in den Genuß der Arbeitslosenversicherung zu kommen. Den größten Teil des Jahres ohne Arbeit, angewiesen auf die Fürsorge, auf Wohlcharitativunterstützung, müssen die Ziegler bis auf wenige Ausnahmen ihr kümmerliches Dasein fristen. Grausames Schicksal, das Arbeitswillige in einen unwürdigen, zum menschlichen Dasein im trassen Widerspruch stehenden Zustand wirft. Will man vielleicht die Ziegler wieder zu geistlosen, im Schmutz wühlenden „Leistungsträgern“ degradieren? Solche Verhältnisse bringen den Arbeitern Hoffnungslosigkeit für ihre Zukunft und führen eine große Zahl auf den Weg der Kriminalität. Nicht damit erhält man die Ziegeleiarbeiter, daß man ihnen die übriggebliebenen Brocken hinwirft und sie ohnedem noch in der gemeinsten Art und Weise beschimpft, sondern durch Arbeitsbeschaffung, ein Problem, das bei der vielen Nebenhandelschere in der Ziegeleiindustrie leicht zu lösen wäre. Will man durch Hervorheben einer besser bezahlten Gruppe die übrige schlechte, verkommenen Lage der anderen Ziegeleiarbeiter verdecken? Was wird die Ursache des scheinbaren Hochverdienstes sein? Doch nur unmenseliche Ausbeutung, Arbeitszeiten, bei denen man nicht weiß, wo Tag und Nacht anfangen. In wenigen Monaten hat der Ziegler dem Unternehmer soviel erwirtschaftet, daß die Hude zugemacht werden kann und daß der Arbeiter über leben kann. Dann beginnt beim Ziegler die Zeit der Arbeitslosigkeit, des Elends.

Wie kann eine Familie mit 10 bis 15 RM wöchentlich auskommen? Niemand kann sich satt essen, geschweige die nötigsten Kleidungsstücke kaufen. Die furchtbaren Folgen bringen diese Zustände. Krankheit und Tod sind ständige Gäste in den Arbeiterfamilien. Dem Ziegeleiarbeiter ist es nicht vergönnt, seinem ausgemergelten Körper die Lebensmittel zuzuwähren, die er bedarf. Keine Mittel bei Erkrankung seiner Familie, um die nötigsten Arzneien zur Erhaltung des Lebens zu beschaffen. Dieses Elend wird gewaschen durch den heutigen, wirtschaftlich von dem Kapital geführten Staat.

Das kapitalistische Unternehmertum wird nichts unberührt lassen, um noch mehr als bisher die Ziegeleiarbeiter auszupressen. Die schlechte, wirtschaftliche Lage der Ziegler ist ihnen noch nicht schlecht genug; sie wollen in der Tat mit den anderen Unternehmern und durch Abschaffung oder Verschlechterung der Sozialversicherung auf die Knie zwingen, um dann die niedrigsten Löhne diktieren zu können. Wie aber, Kolleginnen und Kollegen, können wir eine Verschlechterung unserer Lebenslage verhindern? Nur allein, und das ist schon tausendmal gesagt: durch Stärkung der Gewerkschaft. Alle Angriffe auf die Gewerkschaften zeigen, daß diese der berufene Faktor, der beste Vertreter und Kämpfer unserer Interessen sind. Der Kampf des Kapitals auf unsere Interessen war ein Fehlschlag, aber in diesem Jahr werden sie alle Mittel fliegen lassen, die uns den Garaus machen sollen. Und das verbietet durch Werbung desinteressierter Kollegen. Hans Ludwig, Eisenberg.

Schweizerische Zementindustrie.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt: „Befanntlich steht die Schweizerische Zementindustrie gegenwärtig in einem durch die Gründung der beiden, dem Syndikat nicht angehörenden Werke in Gausen und Olten hervorgerufenen Preiskampf. Frühere Erfahrungen möchten vielleicht den Gedanken nahelegen, das Syndikat werde durch Abtreibung von Syndikatsangehörigen die Gegner beschwichtigen und eine Stärkung der Machtverhältnisse vermeiden. Nun deuten aber alle Anzeichen daraufhin, daß es zu einem äußerst scharfen Kampfe kommen wird, nachdem, wie man hört, das Syndikat seine heutigen Kampfspreise für das ganze Jahr 1930 verbindlich erklärt und die Verpflichtung übernommen hat, einen späteren Preisaufbau erst unter Innehaltung einer sechsmonatigen Voranzeige durchzuführen.“

Das Syndikat ist in diesem Kampfe geschlossen gegen die beiden Außenseiterwerke aufgetreten. Ob es ihm aber auf die Dauer gelingen wird, die destruktiven Tendenzen, die sich bei solchen Preiskämpfen immer noch zeigen, zu überwinden, muß heute wohl noch eine offene Frage bleiben. Auf jeden Fall dürfte damit eine neue Phase in der Geschichte der schweizerischen Zementindustrie eingeleitet sein. Mit der „Kartellrente“, welche bisher die kleinen Werke genossen haben, dürfte es auf absehbare Zeit zu Ende sein; denn da beide Parteien über anschauliche Hilfsquellen verfügen, ist damit zu rechnen, daß der Kampf äußerst scharf geführt und nicht so bald entschieden wird. Damit wird nicht mehr die Fabrik mit dem teuersten Betrieb die Preise diktieren, sondern die Fabrik, die über die modernsten Einrichtungen verfügt und deshalb die härteste Senkung des Preisniveaus erträgt. Wer in diesem Kampfe den Sieg davontragen wird, mag noch durchaus ungewiß erscheinen. Sicher ist aber, daß ein derart lang andauernder und schwerer Kampf zu neuen Rationalisierungsmaßnahmen, eventuell auch zu neuen Gruppierungen und einer anderen Bewertung der Betriebe führen kann.“

Man erzieht hieraus, wohin eine Kartellierung von Industriebetrieben führt: zur Festsetzung von Preisen, an denen niemand rütteln darf. Wehe demjenigen, der dies doch wagen sollte, er wird geächtet und streng boykottiert. Dabei schimpft man, wie kürzlich die „Hoch- und Tiefbau“, über Terror der Gewerkschaften, während der Bauweiser selbst den wirtschaftlichen Ruin seiner Außenseiter anstrebt und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durchführt. Das ist kein Terror — das nennt man nur — Opposition gegen zu hohe Industrieerlöse strafen!

Wenn kein Betriebsrat da ist.

Ist das Fehlen einer Betriebsvertretung in größeren Betrieben fast zur Seltenheit geworden, so ändert sich dieses Bild, wenn man kleinere Betriebe, insbesondere Ziegeleien, unter die Lupe nimmt. Woran liegt das? Nicht immer an den Besitzern oder Meistern, sondern sehr oft an den Kollegen selbst. Tatsache ist auch, daß in den meisten Betrieben nach Abzug der nicht wählbaren Kollegen — weil sie teils zu jung und teils berufsremd sind — nur ein kleiner Kreis von Kollegen übrig bleibt, welche das Amt des Betriebsratsmitgliedes ausüben können. Von diesen wenigen Kollegen findet dann noch jeder eine Ausrede wie: Ich eigne mich nicht für ein

solches Amt, ich will mir nicht die Finger verbrennen, oder Das kann ein anderer machen usw., und so kommt dann eine Wahl nicht zustande.

Wie notwendig aber ein Betriebsrat auf den Ziegeleien ist, mag folgender Fall beweisen. Auf der Ziegelei D. in G. ernannte der Meister den Vertrauensmann der Organisation zum Vorsitzenden des Wahlvorstandes und ersuchte ihn, die Wahl des Betriebsrats durchzuführen. Auf einen entsprechenden Auspruch wurde auf persönliche Aufforderung hin, fand sich aber unter den 5 bis 6 wählbaren Kollegen niemand bereit, sich als Betriebsratsmitglied aufstellen zu lassen. Sie alle brachten Ausflüchte vor, und so unterblieb die Wahl. Es ging auch alles gut bis Kampagnenbeginn, als plötzlich 2 Ziegeleiarbeiter ohne Angabe von Gründen gekündigt wurden, an deren Stelle man 2 Arbeiter aus dem Tonberg weiter beschäftigte. Wäre nun ein Betriebsrat vorhanden gewesen, so hätten die Kollegen Einspruch gegen die Kündigung erheben können, so aber müßten sie gehen und auch die Organisation konnte nicht helfen. Wäre dieser Fall allen Kollegen eine Lehre sein und sie zu der Erkenntnis bringen, daß sich jeder für die Wahl zur Vertretung stellen muß, damit auf jeder Ziegelei ein Betriebsrat zustande kommt und somit die gesetzlich festgelegten Rechte der Arbeiter gewahrt werden. E. G. G.

Tarifabschluß.

Seit längerer Zeit haben wir uns bemüht, auch die Arbeiterklasse der Firma Josef Weibß & Söhne, Marmorwerke, Köln-Voll, in die Reihen des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands einzuführen. Die Bemühungen haben erfreulicherweise Erfolg gehabt. Unter Berücksichtigung der Konjunkturverhältnisse mußte im vorigen Jahre das Verlangen der Arbeiterklasse, einen Lohn- und Tarifvertrag zu tätigen, zurückgestellt werden. Das Werk ist seit einigen Monaten gut beschäftigt und nun bot sich die Gelegenheit zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Nach längeren Verhandlungen ist es gelungen, das folgende Lohnabkommen zu tätigen:

Lohnabkommen.

Zwischen der Firma Josef Weibß & Söhne, Marmorwerke, Köln-Voll, Kirchweg 28, und dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Bahnhofsstraße 10, Abteilung Petrarbeiter-Bund, und dem Gewerksverein Girlich-Dunder, wurde folgendes vereinbart:

- Hofarbeiter und Säger erhalten pro Stunde 1,02 RM, Vorarbeiter erhalten pro Stunde 1,07 RM, Schloffer erhalten pro Stunde 1,17 RM. Leistet der Jugendliche die Arbeit eines Vollarbeiters, so wird er als solcher entlohnt.

Uebersunden, die über die tägliche achtstündige Arbeitszeit hinausgehen, werden mit 25 Proz. bezahlt.

Dieses Abkommen tritt mit der ersten Lohnwoche im Monat Februar in Kraft und läuft bis zum 30. Juni 1930.

F. d. Arbeitgeber: Josef Weibß & Söhne, Marmorwerke.

F. d. Arbeitnehmer: Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Durch diese Vereinbarung wurde der Stundenlohn für alle Beschäftigten um 7 Pf. pro Stunde erhöht, und was besonders verdient, hervorgehoben zu werden, für eine verhältnismäßig kurze Zeit. Die Forderung von 15 Pf. pro Stunde ist somit nur mit 50 Proz. erfüllt worden. Die Firma glaubt, im April dieses Jahres den Wünschen der Arbeiter auf Lohnerböhung noch weiter entgegenkommen zu können.

Die Arbeiterklasse ist reiflos organisiert und hat auch im vorigen Jahre, als die Verhältnisse ungünstig waren und ein Vorstoß auf Lohnerböhung abgelehnt wurde, trotz der jungen Mitgliedschaft der Organisation die Treue bewahrt. Wenn das für die Zukunft so bleibt, dann sind die besten Aussichten vorhanden, zum Nutzen der Arbeiterklasse weitere Fortschritte zu machen. R. Hertwig.

Ziegler im Eichsfelde, Achtung!

Die vielen schriftlichen Anfragen bei der Gauleitung in Erfurt veranlassen uns, darauf hinzuweisen, daß für die Ziegler im Eichsfelde vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands regelmäßig Sprechstunden in Heiligenstadt, Justusstr. 7, abgehalten werden. Die Anknüpfungsstelle ist jeden Donnerstag von 10 bis 1 Uhr geöffnet. Die Ziegler erhalten dort jede gewünschte Auskunft. Ebenso werden die notwendigen Schriftstücke ausgestellt. Die Auskunftserteilung ist für unsere Mitglieder vollständig kostenlos. Wir eruchen dringend darum, die Anknüpfungsstelle zu benutzen. Es werden dadurch viel Zeit und unnötige Rückfragen erspart. Darum benutz die Einrichtung des Verbandes und wendet euch in allen Lebenslagen um Auskunft an die obige Adresse. Die Gauleitung.

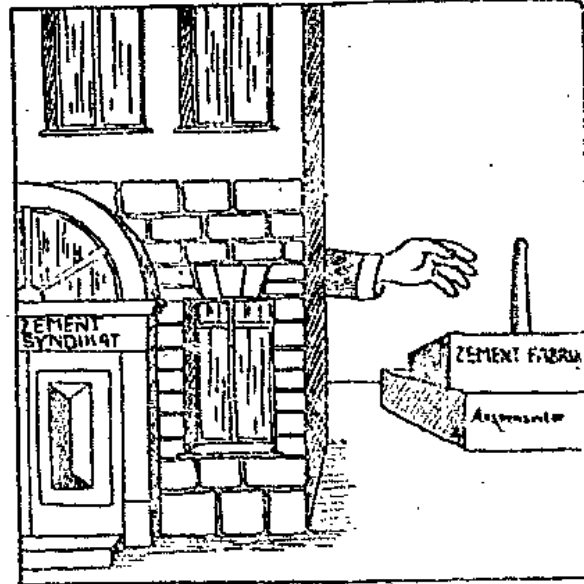
Bilder aus der Zementindustrie.



Hoch die Dividende



Unternehmer und Werksvereiner



Syndikat und Außenseiter.



Reorganisierte und Unternehmer.



Lage in der tschechoslowakischen Porzellanindustrie 1929.

Direktor Ing. Anton Gebisch, Vorsitzender des Wirtschaftsverbandes der Porzellanindustriellen in der Tschechoslowakischen Republik, Karlsbad, schildert in einem Artikel die Lage der Porzellanindustrie der Tschechoslowakei am Ende des Jahres 1929. Da die Ausführungen auch für die deutsche Porzellanarbeiterschaft interessant sind, drucken wir sie ab.

Die tschechoslowakische Porzellanindustrie hat, was Erzeugung und Absatz anbelangt, die Position wieder erobert, die sie vor dem Kriege innegehabt hat. Sie verdankt dies zum Großteil der guten Tradition, auf die sie sich stützen kann.

Was den wichtigsten Teil der Industrie, Gebrauchsgeschirr, anbelangt, so betrug vor dem Kriege im Jahre 1913 der Export der österr.-ungarischen Monarchie 17 399 Tonnen. Ueber die Produktionsdaten im damaligen Inland liegen keine verlässlichen Zahlen vor, doch wurde bei den Ausfuhren in Verbandsziffern, jedenfalls auf Grund gegenseitiger Mitteilung, die Formel aufgestellt, daß der Inlandsumsatz gleich sei dem Exportabgab. Es würde demnach eine Gesamtzeugung von zirka 35 000 Tonnen für Gebrauchsgeschirr für das Jahr 1913 resultieren.

Im Jahre 1928 wurden aber exportiert von denselben Waren 36 120 Tonnen, dazu kommt noch der Jahresbedarf der Tschechoslowakei im ungefähren Betrage von 6000 Tonnen, so daß die Gesamtzeugung des letzten Jahres sich auf 42 000 Tonnen belaufen würde.

Als Durchschnittswert ergibt sich bei Gebrauchsgeschirr für das Jahr 1913 ein Betrag — in tschechische Kronen umgerechnet — von 85 000 Kr. pro 10 Tonnen und im Jahre 1928 ein solcher von 83 000 Kr. — per 10 Tonnen. Diese Ziffern sind, was Gewicht und Wert anbelangt, nicht der Endpunkt einer gradlinigen Entwicklung. Von 1920 bis 1927 betragen die Gewichte in runden Ziffern 12, 15, 13, 14, 23, 31, 29, 34 Tausend Tonnen, die Werte 195, 287, 207, 160, 199, 224, 263 Millionen Kr. Vom Jahre 1928 mit dem Tiefstande von 160 Millionen Kr. begann nach dem überwundenen Warenmangel der Nachkriegsjahre und nach dem Abflauen der Inflationspreise mit der Stabilisierung des Wertes der Krone und der ausländischen Valuten die Anpassung an die durch Krieg und Umsturz geänderten Verhältnisse. Sie ist allerdings unter großen Mühen und Opfern insoweit gelungen, daß die Geschirrabranchen behaupten kann, keinen ihrer früheren Absatzmärkte verloren zu haben. Allerdings hat eine Verschiebung der Absatzmengen und -werte von Osten nach dem Westen stattgefunden, was durch einige Ziffern illustriert wird.

An Gebrauchsgeschirr wurden exportiert nach:

	im Jahre	Tonnen	im Werte von
Belgien	1913	264	2 118 000 Kr.
	1928	905	7 370 000 "
Frankreich	1913	146	1 815 000 "
	1928	1411	11 301 000 "
Holland	1913	133	907 000 "
	1928	2588	20 334 000 "
Großbritannien	1913	3689	28 640 000 "
	1928	2958	21 557 000 "

Die Ziffern der Jahre unmittelbar vor 1928 weisen viel höhere Exportziffern aus. Der Rückgang um 20 Proz. gegen 1913 ist ausschließlich auf den britischen Schutzoll zurückzuführen. Wäre dieser nicht gekommen, so würde der Export nach Großbritannien auch eine ähnliche Steigerung ausweisen, wie nach den anderen Weltmärkten.

Bereinigete Staaten von Nordamerika im Jahre 1913 2970 Tonnen im Werte von 22 600 000 Kr.; im Jahre 1928 4488 Tonnen im Werte von 40 621 000 Kr.

Der Inlandsumsatz in Gebrauchsgeschirr betrug im Jahre 1928 ungefähr 6000 Tonnen im Werte von 43 000 000 Kr.; auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, läme also pro Jahr ein Verbrauch an Porzellanwaren von nicht ganz 4 Kr. gegenüber einer Quote von 1 RM, die man in Deutschland rechnet. Der Inlandsumsatz in Deutschland beträgt demnach auch ungefähr das Zehnfache von dem in der Tschechoslowakei. Es kann wohl gesagt werden, daß die Kopfquote in allen Staaten fast gleich ist, was wären die relativ günstigen Exportziffern nicht erzieltbar gewesen. Für die Tschechoslowakei ist der Durchschnitt auf jeden Fall niedrig und es wäre zur Erhöhung desselben eine entsprechende Propaganda sowohl der Fabrikanten wie der Händler dringlich am Platze.

Wiel ungünstiger als bei der Geschirrabranchen liegen die Vergleichsziffern bezüglich des Umsatzes 1928 gegen 1913 bei der Elektroporzellanindustrie. 1913 betrug der Export in das neue Ausland gerechnet 4456 Tonnen, die gesamte Erzeugung ungefähr 7000 Tonnen. Im Jahre 1928 wurden exportiert 4200 Tonnen, dazu kommt der Inlandbedarf mit ungefähr 3600 Tonnen, demnach insgesamt 7800 Tonnen. Der Wert des Exportes betrug im Jahre 1913 ungefähr 54 Millionen Kr., im Jahre 1928 20 226 000 Kr., dazu kommt der Wert des Inlandsumsatzes im Betrage von zirka 20 Millionen Kr., also rund 41 Millionen Kr. Die Entwicklungslinie dieser Ziffer weist viel größere Sprünge auf, wie die bei Gebrauchsgeschirr. Von 1921 bis 1927 waren die Gewichte: 1120, 1320, 792, 370, 1207, 2015, 2095 Tonnen, die Werte: 18, 21, 3, 6, 8, 10 16 Millionen Kr. Die Ursache dieser Erziehung ist darin zu suchen, daß die Kriegszeit gefehlt hat, der Elektroporzellan ein eminentes Kriegsgüterartikel ist. So lag alle Kriegführenden und alle neutralen Staaten, die aus ihren kriegsfernen Lieferantien, und das waren fast ausschließlich Deutschland und die österr.-ung. Monarchie — abgezogen werden waren, gezwungen wurden, sich auf die Erzeugung dieses Materials einzurichten. Gewinnt durch die Erfahrungen, waren diese Länder nach Abschluß des Krieges dann bemüht, den Wettbewerb dieser neu entstandenen Industrie durch hohe Zölle zu schützen, die dann aber auch gestrichelt auf diese Monarchien, sich trübselig entwickelten und sehr bald wagt erregte, das zerrüttete Inland aufnehmen konnte. Danach wurden die kriegsbedingten Anzeichen von Elektroporzellanwaren zu Konkurrenz der deutschen und tschechoslowakischen Industrie auf dem Weltmarkt. Dies gilt insbesondere von der ungarischen, polnischen und amerikanischen Elektroporzellanindustrie. In den Jahren unmittelbar nach dem Kriege lieferten sogar vorübergehende Porzellanfabriken nicht geringe Mengen dieses Materials nach Italien, wie dies die Exportziffern beweisen. Die tschechoslowakische Elektroporzellanindustrie hat deshalb ihre früheren Märkte nicht behaupten können, sondern im Gegenteil eine große Anzahl derselben verloren. So wurden z. B. exportiert nach:

	im Jahre	Tonnen	im Werte von
Italien	1913	636	4 168 000 Kr.
	1928	53	306 000 "
Spanien	1913	90	5 538 000 "
	1928	57	300 000 "
Schweiz	1913	322	1 913 000 "
	1928	85	529 000 "
Türkei	1913	29	1 265 000 "
	1928	—	—

1928 wird häufig Elektroporzellan nach Australien überhaupt nicht exportiert.

Die Elektroporzellanfabriken waren, um nach und nach wieder zur vollen Ausnützung ihrer Kapazität zu gelangen — die gegenwärtig ungefähr erreicht ist — genötigt, die Erzeugung anderer technischer Artikel, aber mit gleichem Fabrikationsgang, wie z. B. Montageartikel für Badezimmer, Fadenführer usw. aufzunehmen.

Nicht so günstig wie die Erreichung der vollen Wiederbeschäftigung der Fabriken verlief die Erzielung einer entsprechenden Rentabilität. Die Deflationstriebe mit der Minderbeschäftigung bei voller Regie brachte den Fabriken große Vertriebsverluste, die durch Kredite gedeckt werden mußten, deren Zinsen einzelne Unternehmen noch heute schwer belasten und eine ganze Anzahl mittlerer und kleinerer Betriebe zum Erliegen gebracht haben. Der größte Konzern der tschechoslowakischen Porzellanindustrie zahlte in den Jahren seit 1922 nur ein einziges Mal eine Dividende in der bescheidenen Höhe von 4 Proz.; in Deutschland liegen die Verhältnisse nicht besser. Die Aktien des größten deutschen Konzerns standen in der Zeit vor dem Kriege auf über 500 bei einer Dividende von 35 Proz.; sie notieren jetzt ungefähr 70 bei 5 Proz., nach manchem dividendenlosen Jahr. Die Ursache dieser betrüblichen Erscheinung liegt vor allem in den völlig unbefriedigenden Verkaufspreisen. Sie so zu heben und bei einem hinreichenden Nutzen gewährenden Niveau zu stabilisieren, ist nach mehrfachen Versuchen immer wieder mißglückt. Es ist an sich schwer, einen durch die Mannigfaltigkeit von Formen und Dekoren so wenig uniformen Artikel in präzise umschriebene Preisklassen zu bringen, das Hauptübel liegt aber darin, daß die Unzufriedenheit des Weltmarktes für Porzellan geringer ist wie die Weltzeugung. Die abnormen Verhältnisse der Nachkriegs- und Inflationsjahre haben bei uns, aber noch mehr in Deutschland zu einer ungeordneten Erweiterung der Betriebe geführt, dazu kamen die Neugründungen in anderen Staaten und insbesondere die sprunghafte Entwicklung der japanischen Industrie, die im Jahre 1927 den sechsstelligen Betrag des Jahres 1913 in Porzellan auf dem Weltmarkt brachte. Man ist deshalb seit Jahr und Tag bei den führenden Männern der deutschen und tschechoslowakischen Porzellanindustrie bemüht, die Produktion mit der Absatzfähigkeit in Einklang zu bringen. Die deutsche Industrie hat sich hierfür ein etwas kompliziertes System ausgearbeitet, das auf eine lineare Drosselung der Produktion bei den einzelnen Fabriken hinausläuft. Es haben sich ungefähr 80 Proz. der Unternehmen dieser Verpflichtung angeschlossen, das Resultat bleibt abzuwarten.

Die tschechoslowakische Porzellanindustrie war in den letzten Jahren mit einigem Erfolg bemüht, auf einem anderen Wege zu dem gleichen Ergebnis zu gelangen, indem sie drei Fabriken aus Verbandsmitteln aufkaufte und stilllegte. Die diesbezügliche Aktion ist aber vorläufig zum Stillstande gekommen, weil die selbstverständliche Voraussetzung für die Fortführung derselben, d. i. die Erklärung aller Verbandsmitglieder, den derzeitigen Streikraum nicht zu vergrößern, nicht zu erreichen war. Es liegt im dringenden Interesse nicht nur der Porzellanfabriken, sondern auch der Händlerchaft, daß in naher Zukunft doch Mittel und Wege gefunden werden, um eine Sanierung dieser Verhältnisse durchzuführen.

Die Kapazität der Industrie beträgt gegenwärtig zirka 17 400 Kubikmeter Glattbrennraum bei den Fabriken für Gebrauchsgeschirr und 2100 Kubikmeter bei den Fabriken für Elektro- und technisches Porzellan. Die diesbezüglichen deutschen Ziffern sind: 13 516 Kubikmeter und 12 000 Kubikmeter. Der Personalstand in der tschechoslowakischen Porzellanindustrie beträgt bei Gebrauchsgeschirr 16 300 Personen, bei den Elektroporzellanfabriken 2550 Personen. Demnach insgesamt 19 150, hiervon 58 Prozent weiblich und 42 Prozent männlich. Die diesbezüglichen deutschen Ziffern sind wieder: 43 000 Personen für Gebrauchsgeschirr, 13 000 für Elektroporzellan, demnach insgesamt 56 400 Personen, hiervon 51,5 Prozent männlich und 48,5 Prozent weiblich.

Die gegenwärtige Lage der Industrie ist wenig befriedigend und die Aussichten für eine volle Beschäftigung in der nächsten Zeit mehr als unklar. In den ersten neun Monaten des Jahres 1929 ist der Export gegenüber 1928 in Elektroporzellanwaren von 3022 Tonnen auf 2376 Tonnen, bei Gebrauchsgeschirr von 5013 Tonnen auf 4561 Tonnen, bei Gebrauchsgeschirr defizitert von 20 219 Tonnen auf 19 869 Tonnen zurückgegangen. Dieser Rückgang hat bei Gebrauchsgeschirr mehrere Ursachen: Alle Exportionsstaaten — und diese bilden sozusagen das angestammte Absatzgebiet der tschechoslowakischen Porzellanindustrie — klagen über eine mehr oder minder scharfe Agrarkrise. Der Wert der Agrarprodukte und damit die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung ist rapid zurückgegangen, welche Tatsache selbstverständlich auch den Absatz in Porzellan bedeutend schmälert. In England wirkt nach wie vor der Schutzoll abkämpfend und in dem zweitgrößten Absatzland, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, haben die parlamentarischen Verhandlungen der neuen Zollvorlage, bei denen die einzelnen, für diese Verhandlungen kompetenten Korporationen, Vollkomitee des Repräsentantenhauses und Zolltarifkomitee — alles die widerprüchlichsten und die Lage vollständig verwirrendsten Beschlüsse faßten, ein normales Gelingen nicht aufkommen lassen. Nun scheint zwar die Gefahr einer einseitigen Zollveränderung bei Porzellan nicht mehr zu bestehen, dafür kann aber der Vorienstand mit seinen Milliardenverlusten die Kaufkraft des breiten Publikums noch auf längere Zeit hinaus erheblich schwächen. Der Orden ist deshalb auch in allen Fabriken wesentlich geringer als in der gleichen Zeit des Vorjahres. In Elektroporzellan ist der gleiche Umsatz im übrigen Ausland auf das überall beobachtete Nachlassen der Bauaktivität zurückzuführen.

Um zur Erhaltung ihrer Absatzgebiete und auch zu der früheren Prosperität zu gelangen, benötigt die Industrie vor allem den so eifrig propagierten Zollfrieden und dann einen tariflichen Abbau der Zölle, von dem selbstverständlich auch die inländische Lage nicht verschont bleiben dürfen. Erwünscht wäre insbesondere der baldige Abschluß von Tarifverträgen mit den doch politisch verbündeten Ländern der kleinen Entente, Rumänien und Jugoslawien. Ferner hat die Industrie wohl als Exportindustrie par excellence, die zudem auch fast nur inländische Roh- und Hilfsstoffe verwendet, und bei der ein Drittel des Warenwertes auf die Lohnquote entfällt, Anspruch auf alle Begünstigungen, die der Exportindustrie in der Gesehen über die Kohle, Transport und Umsatzsteuer zugesprochen wird. Den Unternehmungen, die durch die Deflationstriebe besonders arg mitgenommen, d. h. entkapitalisiert wurden, sollte mehr als bisher die Gewährung von langfristigen Krediten bei mäßigem Zinsfuß aus öffentlichen Mitteln geboten werden.

Die letzten Jahre waren für mich die gegenwärtigen Lage sind trübe für unsere schöne Industrie. Möge ihr ihre schon eingangs dieser Zeilen erwähnte alte Tradition, an deren Erhaltung alle in derselben Beschäftigten mit großem Eifer tätig sind, eine sonnigere Zukunft bringen.

Griechenlands Porzellaneinfuhr.

Der zwischen Deutschland und Griechenland abgeschlossene Handelsvertrag brachte eine bedeutende Herabsetzung der Porzellanzölle und dadurch einen langsamen, aber andauernden Rückgang der Nachfrage für Steinartwaren. Wenn trotzdem der Gesamtimport auch an Steinart geflogen sein dürfte, so ist dieser kleine Aufschwung lediglich auf eine allgemeine Steigerung des Bedarfs zurückzuführen, und es dürfte sich bei Abschluß der Einfuhrstatistik für 1929 zeigen, daß das Mehr an Steinartimport nicht dem an Porzellan entspricht.

Die griechische Statistik macht zwischen den einzelnen Porzellanarten keinen Unterschied, so daß man zur Beurteilung auf die Umfahziffern der bedeutenderen Importhäuser angewiesen ist. Ein Vergleich dieser Ziffern läßt erkennen, daß der Import an Schmelzporzellan etwa 190 000 RM im Jahre erreichte dürfte, und daß an erster Stelle der deutsche, an zweiter der baltische Import steht. Mit dieser Ziffer dürfte der griechische Import an Schmelzporzellan fast den des gesamten übrigen Balkans erreichen. Auch in der Einfuhr von feinem Tafelporzellan dürfte Deutschland besonders durch den Absatz von zwei Fabrikaten an erster Stelle stehen, während die französische Einfuhr (Limoges) zurückgeht; in mittleren Qualitäten steht die Tschechoslowakei an erster Stelle, deren Import bis zum Ende 1929 insgesamt etwa 2,5 Mill. Drachmen gegenüber einer deutschen Gesamteinfuhr von rund 10 Millionen erreicht haben dürfte (die endgültigen Ziffern stehen noch nicht fest).

Während der deutsche Import an Tafelservice etwa die Hälfte der Einfuhr erreicht, wird der europäische Import von Teeservice mehr und mehr durch Japan verdrängt, das heute etwa 40 Proz. aller Teeservices einführt und mit allen Mitteln bestrebt ist, diesen Absatz weiterhin zu steigern. Diese japanische Einfuhr hat bereits die Höhe der tschechischen erreicht, und wenn man den Fortschritt der japanischen Einfuhrziffern in der Levante beobachtet, wenn man die Erfolge sieht, die in anderen Branchen (z. B. Strumpfwaren, Spielwaren, Zelluloidwaren usw.) erreicht sind, weiß man, daß Japan im griechischen Porzellanimport bald aus der statistischen Bezeichnung der „überrunden Länder“ austreten wird. Denn auch im Import von Rokkafassen, die bekanntlich eine der bedeutendsten Exporten der Porzellaneinfuhr sind, steht heute Japan mit der Tschechoslowakei auf gleicher Stufe, während Deutschland höchstens 20 Proz. dieser Einfuhr stellt.

In Steinartwaren stand stets und steht weiterhin England an erster Stelle; es erreichte in den ersten sieben Monaten des vergangenen Jahres eine Importziffer von 6,2 Mill. Drachmen, während Frankreich, das an zweiter Stelle steht, in derselben Zeit nur 1,9 Mill., Deutschland nur 1,8 Mill. Drachmen erreichte. Dem Import an Steinart und Porzellan steht an griechischer Eigenindustrie das Gesehen von der heimischen Bauernarbeit nur das Erzeugnis einer kleineren keramischen Fabrik gegenüber, die sich bemüht, durch besondere Bearbeitung ihrem Material gewisse Qualität und durch künstlerische Muster, sowie Nachahmungen antiker Vorbilder (Handmalerei) der eigenen Produktion eine besondere Note zu geben. Gerade dadurch aber stellen diese Erzeugnisse einen Typ für sich dar und sind nicht als direkte Konkurrenz des eingeführten Porzellans zu werten.

Aus „K. u. D.“

Hüttensteinach.

Im Betrieb der Firma Gebr. Schöna u. S w a i n e & Co., Hüttensteinach, scheinen sich Zustände zu entwickeln, die so langsam an die Zeiten der Selbständigkeit erinnern. Nachdem die Firma im Frühjahr 1929 den Betrieb stillgelegt hatte, wurde dieser nur teilweise im Laufe des Sommers wieder eröffnet. Es wurden nunmehr Geschirre und Luxusporzellane hergestellt, während die Herstellung von elektrotechnischen Porzellanen langsam abflaute. Die Produktion von Luxusporzellanen wird meist im ehemaligen Betrieb S w a i n e vorgenommen, während die elektrotechnischen Sachen im ehemaligen Betrieb Schöna hergestellt wurden. Dadurch kam es soweit, daß der Herr Betriebsleiter Carl nunmehr als Leiter des ehemaligen S w a i n e'schen Betriebes angestellt wurde, während der alte Leiter dieses Werkes „beurlaubt“ worden ist. Derselbe hatte anlässlich für die Firma zudiel gearbeitet und war deshalb überarbeitet und überflüssig geworden. Herr Carl, als „neuer Weizen, kehrt gut“. Nichts geht ihm rasch genug, alle im Betrieb scheinen Souleager zu sein, wie er sich auszubringen beliebt; er bildet sich ein, der fleißigste Mann zu sein. Man hat auch einen neuen Aufseher angestellt, der sich auch in den Bahnen des Herrn Carl bewegt. Wir raten den Herren jedoch, vorsichtig zu sein, denn mit solchen Methoden, wie sie jetzt angewendet werden, hat sich noch niemand die Sympathie der Menschen erworben. Wenn Herr Carl annimmt, daß er so eine außerordentlich tüchtige Kraft ist, dann wäre es sehr angebracht, wenn er sich auch einmal darum bekümmern würde, daß der Urlaub rechtzeitig in diesem Betrieb gewährt würde. Auch im Preisabbau scheint er etwas los zu haben. Wir empfehlen deshalb das Studium des Reichsmantelartvertrags!

Wir glauben jedoch kaum, daß durch die Methoden des Herrn Carl und durch die seines Aufsehers die Arbeitsfreudigkeit der noch im Betrieb befindlichen Kollegen und Kolleginnen gehoben wird, und daß dadurch der Betrieb wieder auf seine frühere Höhe gebracht werden könnte, denn bis heute war es immer so, daß dort, wo gedrückt und schikaniert wurde, der Betrieb nicht vorwärts, sondern rückwärts gegangen ist. Wenn es lange genug gedauert hat, wird auch die Arbeiterschaft einmal dort mit diesen Dingen Schluss machen und den Herren den Standpunkt klar machen. Man ist vielleicht der Ansicht, daß durch die augenblicklich herrschende Arbeitslosigkeit die Arbeiterschaft eingeschüchtert ist, jedoch dürfte man sich dabei etwas geirrt haben. Wir nehmen an, daß den leitenden Stellen in diesem Betrieb bekannt ist, daß es nur mit Hilfe der Arbeiterschaft möglich ist, den Betrieb wieder hochzubringen. Es wird Zeit, den Meistern mit auf den Weg zu geben, daß sie die Arbeiter als das behandeln, was sie sind, als Menschen.

Leipziger Messe.

Das Mesabzeichen für die Leipziger Frühjahrsmesse 1930 (Märzmesse 2.—8. März, Große Technische Messe und Baumesse 2.—12. März) kostet im Vorverkauf bis zum Tage vor Mesebeginn 2.— RM, wenn das Mesabzeichen und die Ausweis-karte mit übereinstimmender Kontrollnummer der vorangegangenen Herbstmesse zurückgegeben wird, sonst 5.— RM. Zur Messe in Leipzig selbst greift ein erhöhter Preis Maß. Für Mesebesucher, die sich nur einen Tag in Leipzig aufhalten, werden Tageskarten zu verbilligten Preisen ausgeben, die nur in Leipzig verkauft werden.

Richtigstellung.

In dem Artikel „Ein Fehlpruch des Oberchiedsamt“ in Nr. 6 des „Keramischen Bundes“ ist ein inunentstellender Fehler enthalten. Im Abschnitt 8 darf es nicht heißen: „Eine solche Vereinbarung hält das Oberchiedsamt in dem vorliegenden Falle für unzulässig“, es muß vielmehr heißen: „Eine solche Vereinbarung hält das Oberchiedsamt in dem vorliegenden Falle für zu lässig.“



Wirkungen der Maschinenarbeit in einem Ziegeleibetriebe.

In Nummer 1 des „Keramischen Bundes“ berichtete ich über die Entwicklung der Ziegeleiindustrie im Pöhlener-Neuwieder-Boden. Heute möchte ich an dieser Stelle die Produktionsergebnisse und die Wirkungen der Maschinenarbeit in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung eines Ziegeleibetriebes schildern. In dem oben genannten Bericht habe ich ja bereits die Schäden der Rationalisierung gestreift.

Vom Jahre 1925 ab ging es mit der Rationalisierung sprunghaft in die Höhe. Mit dem Automaten wurde die Produktion gewaltig gesteigert; mit den Ringelstein-Automaten werden heute in acht Stunden 35 000 50- oder 40 000 40-Pollsteine angefertigt. Mit den Ringelstein-Universalmaschinen werden 2700-3500 Zehnhohlsteine produziert. Allein durch diese beiden Automaten wurden insgesamt 43 Arbeiter überflüssig, die erforderlich gewesen wären, die Produktion von Hand vorzunehmen. Es soll hierbei nicht vergessen werden, daß man konfunktionsfähig bleiben wollte gegenüber den Nachbarbetrieben, nicht zuletzt, um den Bedürfnissen des Baumarktes gerecht zu werden.

Den gesteigerten Bedürfnissen des Arbeiters aus Grund der Technisierung hat man bisher leider nicht entsprochen; man wird auch, wenn die Masse der Ziegeleiarbeiter weiter im Dunkeln tappt, ihren Forderungen so schnell nicht gerecht werden.

Die wirtschaftlichen Vorteile sind vor allem folgende: Die Anschaffung der Maschinen hat eine Verringerung der Arbeitskräfte zur Folge, sowie Erhöhung der Produktion. Die Herstellungskosten sind ebenfalls geringer. Für das Anfertigen von 1000 40-Pollsteinen wurden vor dem Kriege 4,50-5,50 RM gezahlt. Die Löhne an dem Automaten sind wie folgt festgelegt: Insgesamt sind an dem Automaten 13 Leute beschäftigt, 7 davon am Automaten selbst, nebst 6 Leuten am Ausfahren. Die ersten 7 erhalten pro Kopf und Tagend 0,31 RM, der Ausfahrer pro Tagend 1,70 RM.

Eine Verbilligung auf dem Markt ist aber noch nicht eingetreten, trotz der niedrigen Löhne in der Ziegeleiindustrie, und nicht zuletzt trotz der gewaltigen Erhöhung der Leistungen des einzelnen. Der Aufschwung, die Vergrößerung des Betriebes und die Rationalisierung kommt doch nicht von der Unrentabilität. Der Unternehmer mag es aber zu behaupten, das geschähe im Interesse der Arbeiter. (Wer laßt da?) Wenn aber ältere Arbeiter um Arbeit fragen, erwidert man oft kritisch, wir haben doch keine Verjüngungsanstalt. Durch die Maschinenarbeit werden auch die Leistungen des Arbeiters gesteigert, weil letzterer sich ja dem Gang der Maschine anpassen muß, um überhaupt noch als leistungsfähiger Arbeiter angesehen zu werden. Der Auf nach jüngeren Arbeitskräften trifft immer mehr in Erscheinung, da ja für die Vermessung des Lohnes das Alter maßgebend ist; die Ausgaben an Löhnen und sozialen Lasten sind dadurch geringer. Bei Entlassungen stehen die älteren Arbeiter fast immer als erste auf der Liste. Die Klagen der älteren Arbeiter sind gar nicht niederzuschreiben, denn als alter Arbeiter in einem anderen Betrieb unterzukommen, ist ja so gut wie aussichtslos, und sind die Klagen allzu berechtigt.

Gegenüber dem Handbetrieb stellt die Maschine auch gleichmäßigere Ware her, da der Druck der Maschine immer derselbe ist, haben die Steine infolgedessen auch mehr Druckfestigkeit. Die Steine bedürfen nur noch einer Lagerung von 5-6 Wochen, um verlässig zu sein, wogegen früher der Kalkstein 3-4 Monate liegen mußte, ehe er verladen werden konnte.

Die Wirkungen in sozialer Beziehung für den Arbeiter: Vor allem haben wir heute zu verzeichnen, daß Frauen und Kinder aus dem Betrieb verdrängt sind. Früher waren bestimmt 90 Proz. der Frauen und Kinder der Schwemmsteinarbeiter mit tätig. Familienleben und Kindererziehung wurden vernachlässigt; heute kann sich die Frau und Mutter mehr dem Haushalt widmen und das Geld des Mannes besser bewirtschaften. Das Familienleben wird nach innen und außen gefördert. Die Arbeitszeit ist heute zum Teil gegen früher erheblich herabgesetzt worden. Dem denkenden Arbeiter bleibt doch nunmehr Zeit, zu der so bitter notwendigen aktiven Weiterbildung. Ferner sind die Organisationen bestrebt, den Lohn der Arbeiter heranzuführen sowie die Verfügung der Arbeitszeit durchzuführen. Das kann aber nur geschehen, wenn der letzte Ziegeleiarbeiter sich dem Keramischen Bund im Verband der Ziegeleiarbeiter anschließt, um menschenwürdige Verhältnisse in der Ziegeleiindustrie zu schaffen. Bei den kommenden Lohnbewegungen wird sich die Minderwertigkeit der Arbeiter sehr zu ihrem Schaden auswirken. Der Unternehmer steckt die Profite ein, die wirtschaftliche Lage des Arbeiters wird aber von Jahr zu Jahr schlechter.

Soziale Not der Ziegeleiarbeiter.

Ausbeutung — Raubbau der Arbeitskraft — Ausschluß aus dem Produktionsprozess — Krankheit, Elend und Not. Proletariatschicksal! Der Werdegang der Lohnsklaven in der Zeit der kapitalistischen Wirtschaft. Die furchtbaren, alles Genüsse zerstörenden Wirtschaftskrisen, das Hauptmerkmal des unsinnigen, im profanen Verrentum geführten kapitalistischen Wirtschaftssystems, bringen die Arbeiterschaft in Bedrängnis. Entweder — verrecke Hund, oder — kämpfe mit der ganzen Kraft des menschlichen Wesens um deine Existenz. In einer solchen Lage befindet sich auch die Ziegeleiarbeiter, die durch die rationelle, technisch alles umwälzende Zeit in ihrer Lebensmöglichkeit so einengelt wird, daß man von einer großen Not reden kann. Die Auswirkung der Finanznot, die Unmöglichkeit der Arbeitssicherung für die durch die Rationalisierung aus dem Produktionsprozess ausgeschloßenen Arbeiter bringen die Arbeitermassen in katastrophale Not.

Das vergangene Jahr brachte nur einen Teil der Ziegler ins Arbeitsverhältnis; vielfach nur fünf Monate. Nicht einmal die Zeit wurde erreicht, die notwendig ist, um in den Genuss der Arbeitslosenversicherung zu kommen. Den größten Teil des Jahres ohne Arbeit, angewiesen auf die Fürsorge, auf Wohlfahrtsunterstützung, müssen die Ziegler bis auf wenige Ausnahmen ihr kümmerliches Dasein fristen. Grausames Schicksal! das Arbeitswillige in einen unwürdigen, zum menschlichen Dasein in waffen Widerspruch stehenden Zustand wirft. Will man vielleicht die Ziegler wieder zu geistlosen, im Schmutz wühlenden Arbeitstieren degradieren? Solche Verhältnisse bringen den Arbeitern Hoffnungslosigkeit für ihre Zukunft und führen eine große Zahl auf den Weg der Kriminalität. Nicht damit erhält man die Ziegeleiarbeiter, daß man ihnen die übrigen geliebten Brocken hinwirft und sie obendrein noch in der gemeinsten Art und Weise beschimpft sondern durch Arbeitsbeschaffung, ein Problem, das bei der vielen Ueberstunden-schieberei in der Ziegeleiindustrie leicht zu lösen wäre. Will man durch Hervorheben einer besser bezahlten Gruppe die übrige schlechte bekümmerte Lage der anderen Ziegeleiarbeiter verdecken? Was wird die Ursache des scheinbaren Hochverdienstes sein? Doch nur unheimliche Ausbeutung, Arbeitszeiten, bei denen man nicht weiß, wo Tag und Nacht anfangen. In wenigen Monaten hat der Ziegler dem Unternehmer soviel erschüttert, daß die Bunde zugemacht werden kann und daß der Arbeitgeber leben kann. Dann beginnt beim Ziegler die Zeit der Arbeitslosigkeit, des Elends.

Wie kann eine Familie mit 10 bis 15 RM wöchentlich auskommen? Niemand kann sich satt essen, geschweige die nötigsten Kleidungsstücke kaufen. Die furchtbaren Folgen bringen diese Zustände. Krankheit und Tod sind ständige Gäste in den Arbeiterfamilien. Dem Ziegeleiarbeiter ist es nicht vergönnt, seinem ausgezeherten Körper die Lebensmittel zuzuführen, die er bedarf. Keine Mittel bei Erkrankung seiner Familie, um die nötigsten Arzneien zur Erhaltung des Lebens zu besorgen. Dieses Elend wird geschaffen durch den heutigen, wirtschaftlich von dem Kapital geführten Staat.

Das kapitalistische Unternehmertum wird nichts unberührt lassen, um noch mehr als bisher die Ziegeleiarbeiter auszupressen. Die schlechte, wirtschaftliche Lage der Ziegler ist ihnen noch nicht schlecht genug; sie wollen in der Tat mit den anderen Unternehmern und durch Abschaffung oder Verschlechterung der Sozialversicherung auf die Arme zwingen, um dann die niedrigsten Löhne diktieren zu können. Wie aber, Kolleginnen und Kollegen, können wir eine Verschlechterung unserer Lebenslage verhindern? Nur allein, und das ist schon tausendmal gesagt: durch Stärkung der Gewerkschaft. Alle Angriffe auf die Gewerkschaften zeigen, daß diese der berufene Faktor, der beste Vertreter und Kämpfer unserer Interessen sind. Der Kampf des Kapitals auf unsere Interessen war ein Fehlschlag, aber in diesem Jahr werden sie alle Mittel fliegen lassen, die uns den Garaus machen sollen. Und das verhindert durch Werbung desinteressierter Kollegen.

Hans Ludwig, Eisenberg.

Schweizerische Zementindustrie.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt: Bekanntlich steht die Schweizerische Zementindustrie gegenwärtig in einem durch die Gründung der beiden, dem Syndikat nicht angehörenden Werke in Hausen und Olten hervorgerufenen Preiskampf. Frühere Erfahrungen möchten vielleicht den Gedanken nahelegen, das Syndikat werde durch Abtretung von Syndikatsquoten die Gegner beschwichtigen und eine Störung der Machtverhältnisse vermeiden. Nun deuten aber alle Anzeichen daraufhin, daß es zu einem äußerst scharfen Kampfe kommen wird, nachdem, wie man hört, das Syndikat seine heutigen Kampfpreise für das ganze Jahr 1930 verbindlich erklärt und die Verpflichtung übernommen hat, einen späteren Preisauflauf erst unter Innehaltung einer sechsmonatigen Vorauzeige durchzuführen.

Das Syndikat ist in diesem Kampfe geschlossen gegen die beiden Nichtsyndikatswerke angetreten. Es ist ihm aber auf die Dauer gelingen wird, die destruktiven Tendenzen, die sich bei solchen Preisämpfen immer noch geltend machen, zu überwinden, und heute wohl noch eine offene Frage bleiben. Auf jeden Fall dürfte damit eine neue Phase in der Geschichte der Schweizerischen Zementindustrie eingeleitet sein. Mit der „Kartellrente“, welche bisher die kleinen Werke genossen haben, dürfte es auf absehbare Zeit zu Ende sein; denn da beide Parteien über ausreichende Hilfsmittel verfügen, ist damit zu rechnen, daß der Kampf äußerst scharf geführt und nicht sobald entschieden wird. Damit wird nicht mehr die Fabrik mit dem teuersten Betrieb die Preise diktieren, sondern die Fabrik, die über die modernsten Einrichtungen verfügt und deshalb die stärkste Leistung des Preisniveaus erträgt. Wer in diesem Kampfe den Sieg davonträgt wird, mag noch durchaus ungewiß erscheinen. Sicher ist aber, daß ein herart lang andauernder und schwerer Kampf zu neuen Rationalisierungsmaßnahmen, eventuell auch zu neuen Gruppierungen und einer anderen Bewertung der Betriebe führen kann.

Man erzieht hieraus, wohn eine Kartellierung von Industriebetrieben führt: zur Festsetzung von Preisen, an denen niemand rütteln darf. Wehe demjenigen, der dies doch wagen sollte, er wird geächtet und streng bestraft. Dabei schimpft man, wie kürzlich die „Hoch- und Tiefbau“, über Terror der Gewerkschaften, während der Baumeister selbst den wirtschaftlichen Ruin seiner Ansehener anstrebt und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durchführt. Das ist kein Terror — das nennt man nur — Opposition gegen zu hohe Industrie-gewinne!

Wenn kein Betriebsrat da ist.

Ist das Fehlen einer Betriebsvertretung in größeren Betrieben fast zur Seltenheit geworden, so ändert sich dieses Bild, wenn man kleinere Betriebe, insbesondere Ziegeleien, unter die Lupe nimmt. Woran liegt das? Nicht immer an den Besitzern oder Meistern, sondern sehr oft an den Kollegen selbst. Tatsache ist auch, daß in den meisten Betrieben nach Abzug der nicht wählbaren Kollegen — weil sie teils zu jung und teils berufsbedingt sind — nur ein kleiner Kreis von Kollegen übrig bleibt, welche das Amt des Betriebsratsmitgliedes ausüben können. Von diesen wenigen Kollegen findet dann noch jeder eine Ausrede wie: Ich eigne mich nicht für ein

solches Amt, ich will mir nicht die Finger verbrennen, oder Das kann ein anderer machen usw., und so kommt dann eine Wahl nicht zustande.

Wie notwendig aber ein Betriebsrat auf den Ziegeleien ist, mag folgende Fall beweisen. Auf der Ziegelei D. in G. ernannte der Meister den Vertrauensmann der Organisation zum Vorsitzenden des Wahlvorstandes und erjunkte ihn, die Wahl des Betriebsrats durchzuführen. Auf einen entsprechenden Aushang sowie auf persönliche Aufforderung hin, fand sich aber unter den 5 bis 6 wählbaren Kollegen niemand bereit, sich als Betriebsratsmitglied aufstellen zu lassen. Die alle brachten Ausflüchte vor, und so unterblieb die Wahl. Es ging alles auf bis Kampagne, als plötzlich 2 Ziegeleiarbeiter ohne Angabe von Gründen gekündigt wurden, an deren Stelle man 2 Arbeiter aus dem Tonberg weiter beschäftigte. Wäre nun ein Betriebsrat vorhanden gewesen, so hätten die Kollegen Einspruch gegen die Kündigung erheben können, so aber mußten sie gehen und auch die Organisation konnte nicht helfen. Möge dieser Fall allen Kollegen eine Lehre sein und sie zu der Erkenntnis bringen, daß sich jeder für die Wahl zur Vertretung stellen muß, damit auf jeder Ziegelei ein Betriebsrat zustandekommt und somit die gesetzlich festgelegten Rechte der Arbeiter gewahrt werden.

E. G. G.

Carifabschluß.

Seit längerer Zeit haben wir uns bemüht, auch die Arbeiterschaft der Firma Josef Weiß & Söhne, Marmorwerke, Morkau in K. B. für den Verband zu gewinnen. Die Bemühungen haben erfreulicherweise Erfolg gehabt. Unter Berücksichtigung der Konjunkturoverhältnisse mußte im vorigen Jahre das Verlangen der Arbeiterschaft, einen Lohn- und Tarifvertrag zu tätigen, zurückgestellt werden. Das Verbot ist seit einigen Monaten gut beschäftigt und nun bot sich die Gelegenheit zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Nach längeren Verhandlungen ist es gelungen, das folgende Lohnabkommen zu tätigen:

Lohnabkommen.

Zwischen der Firma Josef Weiß & Söhne, Marmorwerke, Köln-Roll, Kirchweg 28, und dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Köln, Abteilung Keramischer Bund, und dem Gewerbeverein Hirsch-Dunder, wurde folgendes vereinbart:

Vorarbeiter erhalten pro Stunde 1,02 RM, Vorarbeiter erhalten pro Stunde 1,07 RM, Schloffer erhalten pro Stunde 1,17 RM. Leistet der Jugendliche die Arbeit eines Vollarbeiters, so wird er als solcher entlohnt.

Ueberstunden, die über die tägliche achtstündige Arbeitszeit hinausgehen, werden mit 25 Proz. bezahlt.

Dieses Abkommen tritt mit der ersten Lohnwoche im Monat Februar in Kraft und läuft bis zum 30. Juni 1930.

F. d. Arbeitgeber: Josef Weiß & Söhne, Marmorwerke.
F. d. Arbeitnehmer: Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Durch diese Vereinbarung wurde der Stundenlohn für alle Beschäftigten um 7 Proz. pro Stunde erhöht, und was besonders verdient, hervorgehoben zu werden, für eine verhältnismäßig kurze Zeit. Die Forderung von 15. Pf. pro Stunde ist somit nur um 50 Proz. erfüllt worden. Die Firma glaubt, im April dieses Jahres den Wünschen der Arbeiter auf Lohnerhöhung nach weiter entgegenkommen zu können.

Die Arbeiterschaft ist reiflos organisiert und hat auch im vorigen Jahre, als die Verhältnisse ungünstig waren und ein Vorkauf auf Lohnerhöhung abgelehnt wurde, trotz der jungen Mitgliedschaft der Organisation die Treue bewahrt. Wenn das für die Zukunft so bleibt, kann sich die besten Aussichten vorhanden, zum Nutzen der Arbeiterschaft weitere Fortschritte zu machen.

H. Dertwig.

Ziegler im Eichsfelde, Achtung!

Die vielen schriftlichen Anfragen bei der Gausleitung in Erfurt veranlassen uns, darauf hinzuweisen, daß für die Ziegler im Eichsfelde vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands regelmäßig Sprechstunden in Heiligenstadt, Justusstr. 7, abgehalten werden. Die Auskunftsstelle ist jeden Donnerstag von 10 bis 1 Uhr geöffnet. Die Ziegler erhalten dort jede gewünschte Auskunft. Ebenso werden die notwendigen Schriftstücke ausgefertigt. Die Auskunftserteilung ist für unsere Mitglieder vollständig kostenlos. Wir eruchen bringen darum, die Auskunftsstelle zu benutzen. Es werden dadurch viel Zeit und unnötige Rückfragen erspart. Darum benutz die Einrichtung des Verbandes und wendet euch in allen Lebenslagen um Auskunft an die obige Adresse. Die Gausleitung.

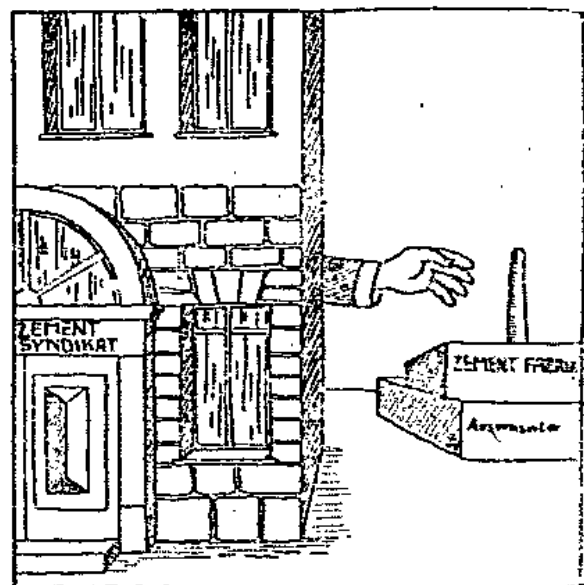
Bilder aus der Zementindustrie.



Hoch die Dividende



Unternehmer und Werkverleiher



Syndikats und Arbeiterleiter.



Reorganisierte und Unternehmer.

Gemeine und Zahlstellen

Chemnitz, Jahresversammlung.

Am 25. Januar 1930 tagte im „Volkshaus“ zu Chemnitz die Jahresmitgliederversammlung der Zahlstelle Chemnitz und Umgebung. Die zu erledigende Tagesordnung war im wesentlichen auf die Entgegennahme des Jahres-, Geschäfts- und Kassenberichts beschränkt.

Der Kollege Siegmund, der den Geschäftsbericht erstattete, wies darauf hin, daß 25 Jahre seit Gründung der Zahlstelle Chemnitz verstrichen seien, und daß deshalb am 15. März 1930 eine Feier, verbunden mit einer Ehrung der alten Mitglieder, die dem Verband 25 Jahre und länger angehören, stattfinden soll.

Zum Geschäftsbericht selbst führt er aus: Die Mitgliederzahl ist von 5996 am Ende des Jahres 1928 auf 5627 gesunken. Der Mitgliederverlust ist im wesentlichen auf die große Zahl der Abgereisten zurückzuführen, hat aber seine Ursache mehr oder weniger auch darin, daß ein Teil Betriebe, insbesondere aus der Papier-, Kappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie, im Laufe des letzten Jahres stillgelegt wurde.

Das Arbeitslosenversicherungsproblem hat dem Jahre 1929 seinen Stempel aufgedrückt. Gerade wir als Fabrikarbeiter haben uns sehr stark mit diesen Dingen beschäftigen müssen, weil ein Teil unserer Mitglieder von den erfolgten Gesetzesänderungen, mit denen wir absolut nicht zufrieden sind, außerordentlich hart betroffen wird. Es sei dabei nur an die Wandergelei erinnert, die, wenn sie 1/2 oder ein Jahr im Chemnitzer Bezirk auf Hiegelei arbeitslos sind und dann in ihre Heimat zurückkommen, nicht mehr die Unterstützung nach dem Verdienst, den sie in Chemnitz hatten, erhalten, sondern nach der Lohnhöhe, wie sie in ihrem Heimatbezirk festgelegt ist. Auch die Reformierung des § 84 hat gerade für die Hiegler außerordentliche Härten mit sich gebracht. Es muß Aufgabe der zuständigen Instanzen sein, dafür zu sorgen, daß diese untragbaren Härten recht bald wieder beseitigt werden.

Wiederholte Verhandlungen waren wegen Stilllegung von Betrieben mit den Gewerkschaftsbeamten notwendig. Ohne die Ursachen zu untersuchen, die zu den Betriebsstilllegungen führten, muß aber doch auch an dieser Stelle der Verzicht auf einen Teil dieser Betriebe unserer Meinung nach nur deshalb stillgelegt wurde resp. stillgelegt werden soll, um unliebsame Arbeiter aus dem Betrieb zu entfernen. Mit Beweisen dafür, daß das letztere zutrifft, kann gestritten werden.

Nachdem ist, daß der ADG, und die SPD diesen Dingen mehr Aufmerksamkeit schenken, und daß alles berichtigt wird, auf geistesgemäßem Wege ein derartiges willkürliches und brutales Vorgehen einzelner Unternehmer bei Betriebsstilllegungen gegen ehemalige Betriebsratsmitglieder zu verhindern. Eine Änderung des BVO ist unbedingt erforderlich.

Im Schluß seiner Ausführungen ging der Kollege Siegmund dann auf die Lohnbewegungen in den einzelnen Industrien näher ein, kennzeichnete die angehenden Schwierigkeiten, die zu überwinden waren und forderte alle Versammelten auf, auch im Jahre 1930 tatkräftig an dem weiteren Ausbau der Organisation mitzuwirken.

Der Kollege Eger, welcher den Kassenbericht erstattete, konnte in seinen Ausführungen erfreulicherweise mitteilen, daß, wenn auch die Mitgliederzahl um ein geringes niedriger sei, im Jahre 1929 die finanziellen Verhältnisse der Zahlstelle sich trotzdem gebessert hätten. Der Lokalkassenbestand ist zwar gegenüber dem Vorjahre bedeutend höher geworden, aber immer noch nicht befriedigend. Wichtig ist, daß mehr als bisher das Verbandskassen zu beachten und die richtigen Beiträge zu leisten seien.

In der sich anschließenden Debatte über den Geschäfts- und Kassenbericht beteiligte sich eine ganze Anzahl von Kollegen und Kolleginnen. Von einer Kollegin wurde gewünscht, daß man der Frauenagitation mehr noch wie bisher Aufmerksamkeit widmen soll. Die Kollegin Schlaa insbesondere beschäftigte sich mit dieser Frage und gab manche brauchbare Hinweise, wie in Zukunft die Agitation unter den Frauen betrieben werden soll.

Kritik wurde an der Arbeit der Ortsverwaltung und Zahlstellenleitung nicht geübt. Einmütig brachten alle Debatteure zum Ausdruck, daß man mit dem Geleisteten zufrieden sei, daß Ortsverwaltung und Zahlstellenleitung das Vertrauen ausprechen könne.

Die vom Kollegen Siegmund angeschnittene Frage der Betriebsstilllegungen und Wahrung der in den Betrieben als Betriebsräte tätig gewesenen Kollegen, wurde insbesondere eifrig erörtert. Von vier in der Versammlung anwesenden Kollegen wurde die nachstehende Entschließung eingebracht und von den Versammelten einstimmig angenommen.

Ernst Siegmund.

Entschließung.

Die am 25. Januar 1930 in Chemnitz im „Volkshaus“ tagende Jahresmitgliederversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Chemnitz und Umgebung, nach dem Jahres-, Geschäfts- und Kassenbericht entzogen. Aus demselben war zu hören, daß auch in unserer Zahlstelle im Laufe des letzten Jahres eine ganze Anzahl von Betrieben stillgelegt wurde, weitere Stilllegungen von Betrieben in nächster Zeit erfolgen sollen.

Es hat zu wünschen, daß die zu diesen Betriebsstilllegungen führenden Ursachen, die zu allen denkbaren Verhältnissen führen, den betroffenen Betrieben, die stillgelegt werden und nach einer gewissen Zeit ihre Betriebe wieder eröffnen, in den meisten Fällen die früher als Betriebsräte in diesen Betrieben tätig gewesenen Arbeiter, Kollegen unserer Verbände, nicht wieder eingestellt werden. Der größte Teil dieser Kollegen ist arbeitslos geblieben und kann entsprechend seiner in anderen Betrieben, weil ihm vorübergehende von der alten Partei Arbeitslosen gemacht werden, Arbeit erhalten.

Es hat der begründete Verdacht vor, daß ein Teil dieser Betriebsstilllegungen in der Hauptsache nur dazu erfolgt ist, um unliebsame Arbeiter, Betriebsratsmitglieder, aus den Betrieben zu entfernen. Wenn das letztere aber zum zutrifft, dann hat es die heutige Mitglieder-Versammlung für unbedingt notwendig, daß die Wahrung von § 84, November 1929, eingetragt am 1. Oktober 1929, betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsrätern und Stilllegungen, sobald wie möglich in der Weise geändert wird, daß Betriebe, die ihren Betrieb stilllegen, aber innerhalb eines Jahres wieder eröffnen, Betriebsräte sind, sobald von der früheren Arbeitgeber resp. von den Betriebsratsmitgliedern und welche arbeitslos sind, diese an erster Stelle wieder einzustellen. Die Betriebsratsmitglieder müssen ihre Funktionen sofort wieder annehmen. Eine entsprechende Veränderung des Verbandsstatutes im letzten Satz wird ebenfalls für notwendig erachtet, und zwar sollte dem § 84 ein neuer Absatz eingefügt werden, der sagt und hat die Bestimmung enthält, daß, wenn Betriebe stillgelegt, innerhalb eines Jahres aber wieder eröffnet werden, die Betriebsratsmitglieder in einem bestimmten Maße wieder einzustellen sind. Die Versammlung ist sich vollkommen klar darüber, daß, wenn derartige Schutzbestimmungen für die Betriebsräte nicht getroffen

werden, sich in absehbarer Zeit überhaupt kein Arbeiter mehr bereitfinden würde, den Posten eines Betriebsratsmitgliedes anzunehmen, weil er sich mit dem Zeitpunkt der Übernahme der Gefahr aussetzt, bei einer eventuellen Betriebsstilllegung herabgeworfen und nicht wieder eingestellt zu werden. Erfahrungen, die das letztere bestätigen, konnten bis jetzt schon zur Genüge gemacht werden.

Die Versammlung fordert vom Hauptvorstand, vom ADG und von der Sozialdemokratischen Partei, daß sie sich umgehend und mit allem Nachdruck dafür einsetzen, daß entweder das BVO oder die Stilllegungsverordnung in der gewünschten Weise den Schutz der Betriebsratsmitglieder bei Betriebsstilllegungen bewerkstelligen Form abgeändert wird.

Chemnitz, den 25. Januar 1930.

Weißwasser,

Delegierten-Generalsversammlung.

Die Delegierten-Generalsversammlung der Bezirkszahlstelle Weißwasser tagte am 2. Februar im Volkshaus Weißwasser. Anwesend waren 78 Delegierte, 6 Mitglieder der engeren Verwaltung, 4 Zahlstellenangehörige und der Branchen-Vorleiter. Den Geschäftsbericht, der auch gedruckt vorlag, erstattete der Zahlstellenleiter Kollege Lange. Er konnte zu Beginn seiner Ausführungen darauf hinweisen, daß erfreulicherweise auch im Jahre 1929 eine Mitgliederzunahme von 500 zu verzeichnen sei und daß seit der Verschmelzung diese Aufwärtsbewegung angehalten habe. Die Mitgliederbewegung im Bereich der Zahlstelle ist folgende:

Mitgliederbewegung	männlich	weiblich	zusammen
Zahl der Mitgl. am 1. 8. 1926	4880	942	5822
Zahl der Mitgl. am 31. 12. 1926	5017	1012	6029
Zahl der Mitgl. am 31. 12. 1927	5953	1207	7160
Zahl der Mitgl. am 31. 12. 1928	6535	1475	8010
Zahl der Mitgl. am 31. 12. 1929	6904	1597	8501

Eine weitere Aufstellung zeigt, daß gerade durch die Verschmelzung die Agitation in kleineren, früher selbständigen Zahlstellen besonders gefördert worden ist. Allerdings hatten wir das Glück im Jahre 1929 nicht sehr viel Arbeitslose zu haben, die stärkere Erwerbslosigkeit setzte erst gegen Ende des Jahres ein.

Im einzelnen schilderte Kollege Lange dann die Tarifbewegung im verflochtenen Jahr. Wenn auch nicht die Erfolge des Jahres 1928 zu verzeichnen waren, so gelang es doch in allen Fällen Verschlechterungen abzuwehren und für einzelne Branchen und Gruppen Verbesserungen zu erreichen. Die Angriffe der Arbeitnehmer dürften im neuen Jahre aber nicht nachlassen, sondern werden sich wahrscheinlich noch verstärken, so daß wir alle Veranlassung haben, die bisherige Geschlossenheit uns zu erhalten. Darüber hinaus muß immer wieder versucht werden, die unorganisierten Kollegen dem Verbande zuzuführen. Erfreulicherweise sei es auch in diesem Jahre wieder gelungen, in allen Betrieben Betriebsräte zu wählen, was für die ganze Bewegung sicher ein großer Erfolg ist.

In besonders zahlreichen Fällen wurden Arbeitsgericht und Schiedsgerichte in Anspruch genommen werden, um die Rechte der Kollegen wahrzunehmen. 677 Klagen wurden eingereicht. Wenn unter diesen auch drei Klagenlagen waren; (350), die gegen Kontraktverwalter oder Betriebe — die kurz vor dem Konkurs standen — gerichtet werden mußten, so beweisen diese Zahlen doch, wie wichtig und wertvoll der Rechtschutz ist, der den Kollegen durch die Organisation gewährt wird. In einer Massenklage konnten die Kollegen leider noch nicht in den Besitz der Gelder kommen, weil der Konkurs noch nicht abgeschlossen

Erste Hilfe bei Unglücksfällen.



Schwerverletzte
Kundigen aufnehmen

Ist die nachfolgenden Zahlen zeigen die Tätigkeit auf dem Gebiete des Rechtschutzes:

Zahl der Klagen insgesamt	677	Die eingeklagte Summe betrug	44 160,03
Gewonnen	47	In die Verfügung gingen	7 Klagen
Verloren	12	Darauf wurde gewonnen	3 Klagen
Zu oder vor dem Termin anerkannt	363	Verloren	1 Klage
Durch Vergleich	23	Es schweben noch	3 Klagen
Zurückgezogen	29		
	677		7 Klagen

Von den Klagen gingen 27 auf Wiedereinstellung auf Grund des § 84 BVO. In 21 Fällen konnte die Weiterbeschäftigung oder eine Entschädigungssumme erreicht werden. In drei Fällen wurden wir abgewiesen und drei Klagen wurden zurückgezogen, weil sie unzulässig erschienen.

Bei den Tarifschiedsgerichten wurden 54 Klagen eingereicht. Davon wurden 26 gewonnen, 5 verloren, 8 endigten durch Vergleich, 15 wurden zurückgezogen, weil sie vor dem Termin anerkannt wurden oder im Betriebe eine Einigung erfolgte.

Auch aus dem Tätigkeitsbericht ging hervor, daß die Zahl der Sitzungen, Versammlungen, Vertretungen usw. insgesamt

760 betrug. Für die Zukunft erbat Kollege Lange auch weiterhin die Mitarbeit aller Funktionäre wie überhaupt aller Kollegen, dann werde es auch in Zukunft vorwärtsgen.

Kollege Fiebig erstattete sodann den Kassenbericht. Die Jahreseinnahme betrug 13 123,88 RM. An die Hauptkasse wurden gefandt 182 365,67 RM; an Krankenunterstützungen wurden 61 226,60 RM, an Erwerbslosenunterstützung 25 664,10 RM gezahlt. Der Kassenbestand in der Lokalkasse hatte eine Höhe von 197 335,39 RM. Der durchschnittliche Beitrag pro Quartal beträgt 12,8 RM.

In der sehr sachlich geführten Diskussion erklärten die Kollegen Gentsche und Schenk von der Opposition, daß es auf dem bisherigen Wege nicht weitergehen könne, sondern daß die Gewerkschaften sich in ihrer Taktik umstellen müßten. Die Kollegen Börsner, Wubach, Wilmann und Lange gingen auf die Ausführungen der oppositionellen Redner des näheren ein und sagten ihnen, daß ihre Theorien uns nichts Neues bringe, das uns aber mit ihren Ausführungen nicht geholfen sei, wenn sie nicht gleichzeitig bessere Wege weisen könnten, die auch tatsächlich gangbar seien.

Die Wahl der Ortsverwaltung ergab die Wiederwahl der bisherigen Verwaltungsmittelglieder.

Zum letzten Tagesordnungspunkt lag eine Entschließung der Opposition vor, die gegen die Auflösung der Ortsgruppe Weidenmühl protestierte und die Wiederannahme der ausgeschlossenen Kollegen verlangte. Gegen diese Entschließung wandten sich die Kollegen Mann, Fiebsche und Poffmann und erzielte gegen wenige Stimmen Ablehnung der Entschließung.

Einstimmig wurden noch die Mittel zur erstl. Erweiterung des Volkshauses durch Anbau eines kleinen Saales und gegen eine Stimme zur Anschaffung eines Kraftfahrzeuges beschlossen. Nach einigen Mitteilungen des Kollegen Wilmann machte Kollege Lange noch darauf aufmerksam, daß in der Zeit vom 6. bis 26. Februar im Zahlstellengebiet der Verbandsführer „Aufstieg“ gezeigt wird. In allen Orten solle auch bei dieser Gelegenheit eine rege Werbelätigkeit entfaltet werden. Wenn zu Beginn des neuen Jahres die Verhältnisse auch nicht die besten sind, so gelte es doch alle Kräfte anzuspannen, um trotzdem vorwärtsgutkommen. Es darf kein Verzag geben. Wir wollen vorwärts und werden durch Einigkeit und Geschlossenheit auch aufwärts kommen.

Dresden,

Jahresgeneralversammlung.

Die Ortsverwaltung Dresden des Fabrikarbeiterverbandes Deutschlands hielt am 31. Januar 1930 ihre Jahresgeneralversammlung ab. Die Tagesordnung umfaßte: 1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1929. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung für das Jahr 1930. 3. Verbandsangelegenheiten.

Kollege Grafe gab den Geschäftsbericht, dem folgendes zu entnehmen ist: Die für 30 Industriegruppen unserer Verbände geführten Lohn- und Tarifbewegungen brachten für circa 17 500 beschäftigte Kollegen und Kolleginnen eine Lohnerböhung von insgesamt 1 700 000 RM oder eine Durchschnittslohnlohn-erhöhung für Arbeiter von 4% Bz. und Arbeiterinnen von 3 1/2%. Wenn auch dieser Erfolg nicht als zufriedenstellend bezeichnet werden könne, so bedeutet er doch eine mit Erfolg geführte Kraftanstrengung der organisierten Arbeiterschaft. Wenn man diese Bewegung in Parallele stellt zu den Bestrebungen der Arbeitgeber und ihrer Verbände, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und Lohnabbau oder langfristige Verträge durchzuführen, sind diese Bewegungen als Erfolge zu bezeichnen. Der Referent gab an Hand von Beispielen den Beweis, daß dort, wo die Organisation stark war, Schlichtungsstellen nicht gebraucht wurden, sondern auf dem Verhandlungswege oder unter Einwirkung von Nachmitteln der Organisation das angestrebte Ziel erreicht wurde. Hauptaufgabe der kommenden Zeit sei deshalb Stärkung der Organisation. Seit über 1000 Branchenversammlungen, Verhandlungen und Konferenzen kennzeichnen den Umfang der geleisteten Arbeit der Ortsverwaltung im Berichtsjahre. In über 300 Verhandlungen vor den Arbeitsgerichten wurden die Rechts- und tariflichen Belange der Arbeiterschaft vertreten. Der Aufklärungs- und Bildungsarbeit ist im vergangenen Jahre die größte Aufmerksamkeit geschenkt worden. Umfangreiche Vorarbeiten für die am 1. Januar 1930 in Kraft tretende Invalidenunterstützung, welche für über 350 Invaliden unserer Zahlstelle in Frage kommt, sind abgeschlossen, und die Neue ist erstmalig zur Auszahlung gebracht worden. Der Wahl von Betriebsvertretungen wurde größte Aufmerksamkeit geschenkt und erfreulicherweise ist in der über-großen Mehrzahl der Betriebe die Wahl von Betriebsvertretungen durchgeführt worden.

Schwer lastete im Berichtsjahre die Wirtschaftskrise auch auf den Kollegen und Kolleginnen unserer Organisation. Die Arbeitslosigkeit in fast allen Industriegruppen war am Schluß des Jahres unverhältnismäßig hoch, und groß sind die Summen, die zur Befehung der Notlage der Arbeitslosen zur Auszahlung gebracht wurden. An arbeitslose und invalide Mitglieder sind allein zu Weihnachten 25 000 RM in Beträgen von 12 und 18 RM als Sonderunterstützung zur Auszahlung gebracht worden. Anträge auf Erweiterung der Krankenunterstützung für unsere Industriegruppen infolge der langanhaltenden Arbeitslosigkeit lauten bei den zuständigen Stellen. Die durch das neue Arbeitslosenversicherungs-gesetz eingetretene Verschlechterungen bei Unterstützung bei beruflicher Arbeitslosigkeit wurden durch zahlreiche Anträge beim Landesarbeitsamt auf Befreiung gemildert, und eine große Zahl von Betrieben konnte auf unseren Antrag in die allgemeine Versicherung einereicht werden.

Es wird im kommenden Jahre unserer ganzen Kraft bedürfen, um den bevorstehenden Aufgaben gerecht zu werden und nur die Stärkung der Organisation wird uns zum Ziele bringen.

Der vom Kollegen Duhn erstattete Kassenbericht gab trotz Wirtschaftskrise und außerordentlich starker Arbeitslosigkeit ein Bild erfreulicher Aufwärtsbewegung. An Erwerbslosenunterstützung sind 164 115 RM an 5502 arbeitslose Mitglieder an 113 069 Tagen zur Auszahlung gebracht worden. Das bedeutete eine Unterstützung von durchschnittlich 30 RM pro Mitglied. Die Lokalkasse erfuhr trotz schwieriger Ausnahmen einen Zuwachs von 29 635 RM und ist ebenfalls allen Anforderungen gewachsen. Die am Schluß des Jahres 11 431 betragende Mitgliederzahl, erfährt gegen das Vorjahr eine erhebliche Abnahme, und zwar von 150 Mitgliedern oder 1,3, und steht unter dem Eindruck der Leiber überwiegen die Abertreite zu anderen Verbänden die Abertreite zu uns. Hier muß den Dingen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Zurückgewinnung von ausgeschlossenen oder stark im Rückstand befindlichen Mitgliedern gelang in den meisten Fällen durch unser Mahnverfahren. Per von der Kollege Limber eingebrachte Entlastungsantrag für den Kassierer fand einstimmige Annahme.

An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Kleber und Weig, die für die sogenannte Opposition sprachen, dann Schaller, Griesbach, Poffmann und Jakob. Den Oppositionsrednern blieb Kollege Grafe in seinem Schlußwort die Antwort nicht schuldig.

Die Wahlen zur Ortsverwaltung ergaben die Wiederwahl der durch die Branche vorgeschlagenen Kollegen und Kolleginnen mit 325 Stimmen: 1. Elsa Heimann, 2. Paul Jakob, 3. Walter Kirchhof, 4. Paul Kummerling, 5. Alfred Laumann, 6. Elfi Lindner, 7. Karl Mittag, 8. Nikol. Lanno, 9. Gustav Sauter, 10. W. Seemann, 11. Franz Taupitz, 12. Alfred Franz, 13. W. Gärner, 14. Berth. Schädlich. Die Opposition erhielt bei der diesmaligen Wahl keinen Sitz in der Ortsverwaltung, da die wiedergewählten Kollegen Kirchhof und Schädlich wegen ihrer gewerkschaftlichen Einstellung aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen wurden. Unter Verbandsangelegenheiten wurde auf die kommenden Betriebsratwahlen, auf den in den nächsten Monaten laufenden Gewerkschaftsplan unserer Organisation und auf die am 28. Februar 1930 stattfindende Betriebsratwahlversammlung hingewiesen. Richard Wager, Schriftführer.

Meißen, Jahreshauptversammlung.

In der Jahreshauptversammlung am 4. Februar im Gewerkschaftshaus in Meißen gab Kollege Naumann seinen Geschäftsbericht. Seine besondere Bedeutung erhält dieser dadurch, daß die Zahlstelle Meißen in diesem Jahre auf ein 30jähriges Bestehen zurückblicken kann. Auch das Jahr 1929 war reich an Arbeit und Kämpfen mancher Art. Die große Kälte am Anfang des Jahres hatte große Arbeitslosigkeit zur Folge. Es war deshalb immer nur durch Auszubildung aller bestehenden Nachwuchsmittel möglich, für die Arbeiterschaft etwas herauszuholen. Wenn auch nicht alles gelang, so kann aber unser Verband sich mit dem Ertragenen sehen lassen. Auf organisatorischem Gebiet konnte Kollege Naumann allen Funktionären seinen Dank aussprechen; es ging auch hier vorwärts. Kollege Uhlmann hatte es sich zur Aufgabe gemacht, etwas über die Wirtschaft, ihre Entwicklung, den Weltmarkt und die Arbeitslosigkeit zu berichten. An Hand von statistischem Material gelang es ihm, die Zuhörer zu fesseln. Die Wirtschaft leidet, sie hat sogar im letzten Jahre wieder eine Steigerung erfahren trotz dem Scheitern der Unternehmung. Die gewaltigen Zusammenstöße von Konzernen und Banken, der Ausbau der Technik, die Nationalisierung der Werke sind Gründe für die große Arbeitslosigkeit. In kurzen Zügen streifte er noch die Situation in seinem Arbeitsgebiet. Auch hier sind Stilllegungen und Kurzarbeit an der Tagesordnung. Der Klassenbericht lag gedruckt vor und konnte, da der Kassierer, Kollege Dittmann krank ist, nicht näher beleuchtet werden. Die Hauptkasse bilanziert mit 351 216,60 RM Ein- und Ausgaben. In der Lokalfasse ist bei einem Klassenbestand von 92 382 RM eine Einnahme und Ausgabe von 195 888,81 RM zu verzeichnen. Mitglieder waren am 31. Dezember 1928 6247, während am 31. Dezember 1929 6333 gemeldet werden konnten. Trotz schwerer Wirtschaftskrisis konnten unsere Ausposten, desgleichen die Invaliden eine Weihnachtshilfe von insgesamt 8000 RM erhalten. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Ueber die Jugendarbeit gab der Jugendleiter, Kollege Henrichel, Bericht. Dieses Gebiet ist noch Neuland, deshalb noch nicht voll entwickelt. In Brodowitz-Sörnemilch besteht eine Jugendgruppe. Die Veranstaltungen tragen aufklärenden, erzieherischen Charakter. In der Diskussion sprachen die Kollegen Koch und Dutschke über ihre Ausführungen waren ihrer Parteinestellung entsprechend kritisch. Den Kollegen Naumann und Uhlmann fiel es nicht schwer, ihren Argumenten mit Beweisen entgegenzutreten. Auch auf dem Gebiet der Erwerbslosenunterstützung, die angefaßt wurde, brachte Kollege Uhlmann Vergleiche aus Ausland, die nicht allzuweit für unsere SPD. genannt werden können. Durch aktive Mitarbeit ist wohl für alle Arbeiter, auch für die Erwerbslosen mehr herauszuholen, als durch ein Aufschieben.

Vom 12. bis 22. Februar läuft unser Film „Muffler“ im Bezirk der Zahlstelle Meißen. Da er von hohem agitatorischem Wert ist, wurde allen Mitgliedern empfohlen, sich diesen Film anzusehen.

Auf die in Aussicht stehenden Betriebsratwahlen wies Kollege Naumann noch besonders hin. Eine längere Debatte über allgemeine Verbandsangelegenheiten fand noch statt. Das Resultat der Wahl zur Ortsverwaltung zeigte trotz verfehlter Quertreiberei, daß die alte Verwaltung das Vertrauen der Mitgliedschaft hat. Es wurden wiedergewählt die Kollegen: Geisberg, Thiele, Kühne, Neumann, Bösch, Pils, Kocher, Werner und die Kollegin Tibus mit großer Mehrheit gegen die Kandidaten der „Opposition“, die nur 95 und 38 Stimmen bei 268 abgegebenen auf sich vereinigen konnten.

Nachdem noch die Kollegin Schuster als Mitglied der Frauenorganisationskommission um rege Mitarbeit ersucht hatte, wurde die Versammlung geschlossen. Neumann, Schriftführer.

Halle a. d. S.

Zubiläumfeier.

81 Verbandsjubilare hat die Zahlstelle Halle des Verbandes der Fabrikarbeiter aufzuweisen, die der Organisation 25 Jahre und mehr, einige sogar bis 40 Jahre, die Treue hielten. Diesen Anlaß benutzte die Zahlstelle zu einer eindrucksvollen Feier am 22. Januar im festlich geschmückten großen Volksparksaal, zu der sich die Jubilare fast reißend eingefunden hatten. Der Festleiter, Kollege Göthe, ließ die alten Kämpfer willkommen heißen. Redaktionen von Göthe und Twahtmann wechselten mit musikalischen Darbietungen. Den Höhepunkt bildete die Festrede des Vorsitzenden des Fabrikarbeiterverbandes August Vren, der einen Rückblick auf die Entwicklung der Zahlstelle Halle gab. Schon vor dem Jahre 1890 wurde in Halle ein Lokalausschuß zur Wahrung der Interessen der Hand- und ungelerten Arbeiter ins Leben gerufen, der 60 Mitglieder zählte, aber nach einjährigem Bestehen auf Grund des preussischen Vereinsgesetzes aufgelöst wurde. Auch ein späterer Versuch, einen „Allgemeinen Arbeiterverein“ für die ungelerten Arbeiter ins Leben zu rufen, schlug fehl; auch er verfiel sehr bald der politischen Auflösung. Die erste Zahlstelle wurde im Jahre 1897 in Ammendorf gegründet. Sie wurde aber als politischer Verein angesehen und, da es politischen Vereinen verboten war, Frauen als Mitglieder aufzunehmen und mit anderen Organisationen in Verbindung zu treten — die Zahlstelle hatte sich dem Gewerkschaftsstatut Halle angeschlossen — wurde sie schon im nächsten Jahre politisch aufgelöst. Das zur Entscheidung erregene Verbot entschied zwar, daß die politische Mitgliedschaft unzulässig war, aber die Organisation war unterdessen eingeleitet. Die um den Profit besorgten Unternehmer, besonders der chemischen und Papierindustrie, taten ein übriges, um zu verhindern, daß die neue Organisation Boden gewann. Besonders tat sich in dieser Beziehung die Direktion der Papierfabrik Ammendorf hervor, die, nachdem eine Delegationsversammlung stattgefunden hatte, einen Aufschlag herausgab, nach der jeder Arbeiter sich im Büro unterschreiben mußte, „auf Ehre und Gewissen“ verpflichtet zu sein, der Organisation weder anzugehören, noch ihr jemals beizutreten. Nur Bekanntgabe solcher Leute, die trotzdem einer Organisation angehörten, wurde eine Prämie ausgesetzt. Über das Klassenbewußtsein auch der Fabrikarbeiter war erwaht und der Wert einer gewerkschaftlichen Organisation erkannt worden, zumal die Löhne miserabel und die Behandlung alles andere denn menschenwürdig war. Sehr bald griffen die Arbeiter zur Waffe des Streiks, um ihre Lage zu verbessern, so 1900 in der Zuckerraffinerie, der allerdings verloren ging, 1906 in der chemischen Fabrik in Trotha, wo damals

Tagelöhne von 230 bis 240 Mk. bei zwölfstündiger Arbeitszeit gezahlt wurden. Es gelang, die Löhne auf 3 Mk. heraufzubringen. Ebenso erfolgreich war ein Kampf in der Zementfabrik, der allerdings acht Verbandskollegen eine Anklage wegen Nötigung und Gefährdung von 4 Monaten bis zu 1 Jahr einbrachte. Aber trotz aller Schikanen der Unternehmer, Polizei und Gerichte wuchs die junge Organisation; sie zählte 1906 bereits 730 Mitglieder und bei der Verschmelzung mit den Zahlstellen Ammendorf und Trotha waren es im folgenden Jahre 1500. So daß zur Erledigung der umfangreichen Arbeit ein Angestellter benötigt wurde, dem bald ein weiterer folgte. Bei Kriegsausbruch zählte die Zahlstelle Halle 3000 Mitglieder. Der Krieg brachte einen Rückgang auf 800 Mitglieder, da nicht weniger als 1700 Kollegen zum Heeresdienst eingezogen waren, von denen über 200 ihr Leben opfern mußten. Nach dem Kriege brachte die allgemeine sprunghafte Entwicklung der Gewerkschaften auch dem Verband der Fabrikarbeiter gewaltigen Mitgliederzuwachs, so daß 5000 männliche und 1000 weibliche Mitglieder die Zahlstelle Halle in ihren Reihen zählten. Leider wirkten sich die politischen Wirren und die Gründung der kommunistischen „Union“ und des „Verbandes der Arbeiter in der chemischen Industrie“ nachteilig auf die Mitgliederbewegung aus. Der größte Teil der nach dem Kriege zur Organisation Gestohlenen gehörte derselben wieder den Rücken und schmarobte heute an den Erfolgen des Verbandes und seiner Mitglieder. Mit Recht fürchte man, daß alle die Jungen und Unzufriedenen sich an den ergrauten Subalternen ein Beispiel nehmen sollten, die trotz manchen Mißgeschicks unentwegt der Organisation die Treue gehalten haben. Inzwischen fand die Gründung der Jubilare statt, denen der Hauptvorstand ein kunstvoll ausgeführtes Diplom überreichen ließ. Ein Kollege aus der Mitte der Alten dankte der Ortsverwaltung für die bewiesenen Aufmerksamkeit und schloß mit einem Hoch auf die Organisation. Aug. Buchholz.

Marktleuthen.

Im Bericht Marktleuthen, Jubiläumfeier, in der Nr. 6 des „Keramischen Bundes“ waren infolge unbedeutlicher Schrift Namen falsch wiedergegeben, die wir hiermit berichtigen. Es muß heißen: anstatt Max Eichinger, Hans Eichinger; anstatt Kölle Ludwig, Kölle Ludwig; anstatt Kowertsch Ludwig, Kowatsch Ludwig.

Sprachkurse.

Anfang März beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlin die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Mittel- und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Nichtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandelt: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Satzzeichenkunde und Sprachlehre, „Mir und mich“, grammatische Schwierigkeiten, Anfertigung von Aufträgen. Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 RM erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die

Lehrbücher werden in allen Spracharten unentgeltlich geliefert. Die Kurse werden im eigenen Heim der Sprachschule, Berlin W 35, Potsdamer Str. 52, abgehalten. Die Schule ist mit allen neuzeitlichen Hilfsmitteln für den fremdsprachlichen Unterricht (Vantapparaten, Anhängungsstafeln usw.) eingerichtet. Anmelbungen schriftlich oder persönlich in der Geschäftsstelle der Sprachschule: Berlin W 35, Potsdamer Str. 52.

Verbandsnachrichten

Ausschlüsse.

Ausschlüsse wurden auf Grund des § 14, 2a, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts, das bisherige Mitglied der Zahlstelle Hallesburg/Str.: Friedrich Kornewski, Buchnr. S II 688/371.

Arbeitsmarkt.

Zum sofortigen Eintritt werden 2-3 Freidreher gesucht. Es kommen nur wirklich perfekte Leute in Frage. Wegen Wohnungsmangel Ledige bevorzugt. Auszubildende Eiferer mit Angabe bisheriger Tätigkeit an Porzellanfabrik Joseph Schachtel, A.-G., Sophienau, Post Bad Charlottenbrunn in Schlesien. (12/30)

23jähriger Glasbläser, eingearbeitet auf Glasbuchstaben, Quarz usw., sucht sofort Stelle oder Heimarbeit. Suchender würde sich auch in andere Sache einarbeiten. Geleitenprüfungszeugnis und andere Zeugnisse stehen zur Verfügung. Geil. Anschriften erbeten unter „F. 730“ an den „Keramischen Bund“. Ein Kesselmacher für Konserven für sofort gesucht. Angebote an Gewerkschaftsbüro Penzig, Langenauer Str. 35. (13/30)

Zwei tüchtige Ziegeleiarbeiter suchen baldigst Beschäftigung. Selbige sind mit allen vorzukommenden Arbeiten am Dien vertraut und auch im Breitenhausbetrieb gut erfahren. Auch kann auf Wunsch eine ganze Dienkolonne gestellt werden. Zuschriften sind zu richten an: Hermann Meiss, Kronach, Damburger Str. 6.

Lebiger Glasbläser, welcher rhein. Touren übernehmen kann und erstklassige Kraft für Stiel- und Mischschliff ist, sofort gesucht. Angebote an Herrn Paul Galle, Kaiserstraße, Kreis Habelschwerdt i. Schlesien. (15/30)

Weiter und 2 Gehilfen für ausgezeichnetes und Senteleung in Blei und Kristall gesucht. Es kommen nur erste Kräfte in Frage. Meldung an Glasblüte Semlich, Post Ruskau O.-L. (14/30)

Zwei tüchtige junge Beschäftigungsglasmacher, eingearbeitet auf Zylinder, Dekorationen, Wecher, Konserven- und Thermoflaschen, suchen sofort Stellung, evtl. mit Hilfsarbeiter. Angebote an Arbeitsnachweis, Johann Gruschke, Wetzlar N.-L. Rottbuser Straße.

Unseren Frauen u. Mädchen

Frauenarbeit nach den Gewerbeaufsichtsberichten.

Trotz besonderer Arbeiterinnenschutzgesetze, trotz tariflicher Abmachungen und besonderer gesetzlicher Arbeitszeitregelung zeigt die Praxis in vielen Fällen handlungsmissstände, zahlreiche Verstöße gegen die Bestimmungen, sogar wiederholte und schwere Übertretungen derselben. Nicht genug damit, daß Frauen zum Teil bei den für sie verbotenen Arbeiten angetroffen werden, ist oft eine unrichtige Wahrung der gesetzlichen Arbeitszeit, sogar Nichterhaltung des Nacharbeitverbotes für Frauen festgestellt worden. Die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1928 enthalten da recht interessante Feststellungen.

Regierungsbezirk Liegnitz berichtet z. B.: Verfehlungen gegen die Arbeitszeit wurden wiederholt festgestellt, sogar gegen das Nacharbeitverbot. In der Provinz Oberschlesien wurde ermittelt, daß in drei Ziegeleien die Arbeiterinnen am Sonnabend neun Stunden beschäftigt wurden. Stark verbreitet ist dort noch die Unsitte, die Arbeiterinnen zum Transport von Materialien bei Bauten zu verwenden. Wegen eines Tiefbauunternehmens wurde ein Steigerfahren eingeleitet, weil er Frauen beim „Gleisstopfen“ beschäftigte. Wegen Beschäftigung von Arbeiterinnen in Steinbrüchen, Sandgräbereien und Ziegeleiröhren (alles verbotene Arbeit für Frauen) wurden vier Arbeitgeber bestraft. Bestrafungen sind des öfteren vorgekommen. In einem Fall im Regierungsbezirk Trier hatte der Vertreter der Staatsanwaltschaft für einen Meister die lächerliche Geldstrafe von 5 RM beantragt, weil er die Arbeiterinnen von 6 bis 20^{1/2} Uhr, teilweise sogar bis 22 Uhr beschäftigt hatte. Es wurden ferner in einer ganzen Reihe von Verträgen aus den verschiedensten Bezirken Verstöße gegen die Arbeitszeit und Pausen, sowie ungesetzliche Beschäftigung von Arbeiterinnen festgestellt.

Ein recht betrübliches Kapitel ist die fortwährende Übertretung der gesetzlichen Arbeitszeit und die Nichterhaltung der Pausen. Hier sind die Kolleginnen oft selbst schuld, da sie die verlangte Überstundenarbeit in den meisten Fällen widerspruchslos leisten, einestheils wegen Angst vor der Entlassung und zum anderen des Mehrerdienstes wegen. Hier müssen unsere Kolleginnen, wo es nötig ist, natürlich auch auf das unsoziale Handeln ihrer arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen gegenüber aufmerksam gemacht werden. Fehlende Solidarität stärkt das Unternehmertum, schädigt die Arbeiterschaft, hält den Fortschritt auf.

Um den Schutz der Arbeiterinnen vor und nach der Niederkunft zu fördern, so melde ein Bericht aus Württemberg, hat das Wirtschaftsministerium ein Merkblatt zu dem Gesetz vom 16. Juni 1927 herausgegeben und den Betrieben mit gewerblich beschäftigten Frauen, sowie den Wohlfahrtsstellen der vertriebenen Art zum Ausbilden übersenden lassen. Thüringen meldet darüber: „Besondere Aufmerksamkeit wurde im Berichtsjahr dem Schwangerschutz zugewandt. Der Landtag von Thüringen beschloß folgende Anweisung an die Gewerbeaufsichtsämter:

1. Schwangere Arbeiterinnen sind vor Hitze, Dämpfen, üblen Gerüchen durch Unterbringung in einem für sie geeigneten Arbeitsraum zu schützen.
2. Für schwangere Arbeiterinnen, die ihre Arbeit im Stehen oder Laufen verrichten müssen, ist auch während der Arbeitszeit für kurze Pausen Sitzgelegenheit zu schaffen.
3. Medizinische, die nach ärztlichen Erfahrungen im Zustande der Schwangerschaft erforderlich sind, sind bereitzustellen.
4. Schwangeren Arbeiterinnen in Betrieben mit zahlreichen weiblichen Arbeitspersonal sind freundlich eingerichtete Zimmer zur Verfügung zu stellen, in denen sie während der Pausen sowie bei Schwäche oder sonstigen sich aus der Schwangerschaft ergebenden Unfällen Gelegenheit zu bequemem Liegen haben.

In Großbetrieben sind gute Kantinen einzurichten und Speisen und Getränke bereitzustellen, die den Bedürfnissen schwangerer Arbeiterinnen entsprechen.

5. Die weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten sind zur besonderen fürsorgenden Beaufsichtigung der Schwangeren im Arbeitsprozess verpflichtet.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben somit die dringende Pflicht, in den Betrieben für Durchführung dieser Bestimmungen zu sorgen. Besonders in der thüringischen Industrie ist auf strengste Durchführung des Arbeiterinnen- und Schwangerschutzes zu achten. Die schwere und oft gesundheitsgefährdende Frauenarbeit in der Porzellan- und Glasindustrie bedingt geradezu erhöhten Schutz für weibliche Arbeitnehmer. Wo die Arbeiterinnen unorganisiert sind, kümmert sich meist niemand um die Mißstände. Wir mühten selbst schon feststellen, daß es sogar vorkommt, daß Arbeiterinnen in einer Glasblumenfabrik (in Steinaa) Tag und Nacht arbeiten, und zwar in 2 Schichten (von 7 Uhr morgens bis 1/2 7 Uhr abends und 7 Uhr abends bis 1/2 7 Uhr morgens). Unter den Beschäftigten befinden sich sogar noch eine Anzahl fortbildungspflichtiger Arbeiterinnen, die 1/2 7 Uhr die Nachtschicht verlassen und um 8 oder 9 Uhr in die Fortbildungsschule müssen. Unverständlich ist es, daß solche Mißstände von den zuständigen Gewerbeaufsicht gebuldet werden. Aber es gibt hier sicher auch noch allerhand Einwendungen des Unternehmers. J. W. soll im vorliegenden Fall erst ausprobiert werden, ob der Betrieb sich rentabel gestalten wird. Später soll dann evtl. angebaut, d. h. vergrößert werden, um dann geeignete Anlagen herbeiführen zu können. Solange heißt es für die Arbeiterinnen „Geduld üben“. Die Arbeiterinnen selbst in diesem Betrieb schweigen sich zu den famosen Verhältnissen aus, sie „verraten“ nichts, damit sie nicht arbeitslos werden. Natürlich sind dort schlechte Organisationsverhältnisse.

Der Wohnungsfrage legt der Bericht aus Breslau eine Bedeutung bei, indem er darauf verweist, daß trotz der besonders großen Wohnungsnot die Arbeiterwohneime der Textil- und Porzellanindustrie für ledige Arbeiterinnen so wenig benutzt werden, daß einige von ihnen infolge mangelhafter Verlegung geschloffen werden mußten. Als Grund für solche Maßnahmen wird bezeichnet, daß der Arbeiterinnen solcher Räume unterwerfen müßten, abscheulich wäre. Es wäre zu wünschen, wenn die interessierten Kolleginnen sich mal über den ungewöhnlichen Zwang äußern würden. Dann würde sich die Unfähigkeit der Verantwortlichen bald herausstellen haben. Es ist wirklich nicht einzusehen, daß es an den Arbeiterinnen liegen soll, wenn soziale Maßnahmen nicht durchzuführen werden. Dabei soll es sich um keine Handlung, die annehmlich eingerichtet sind und für billiges Entgelt eine gewundene Wanne und Schlaf gelegenheit bieten, als viele Ledige sich aus eigenen Mitteln schaffen können.

In den Jahresberichten werden auch schwere Verstöße gegen das Kinderarbeitsgesetz angeführt. Darüber wollen wir aber später einmal schreiben.

Unsere Aufgabe kann es nur sein, diesen Dingen, überhaupt der Mächtigkeit des beherrschenden Einflusses, erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Mißstände sind ja zahlreich, das unbedingt schärfere Vorgehen der Gewerbeaufsicht verlangt werden muß, besonders dann, wenn es sich um bekannte reaktionär eingestellte Unternehmer handelt, die jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen in geschicklicher Weise auszunutzen sich die Ehre geben. Wo wir stark genug sind, müssen wir unseren gewerkschaftlichen Einfluß entfalten lassen. Es werden sich die Zustände in gut organisierten Betrieben ohnehin nicht so stark auswirken. Aber trotzdem können wir uns mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und mit den vielfach noch ausstehenden Mißständen nicht zufrieden geben, sondern müssen bereit sein, für Besserung einzutreten. Das sollte das Bestreben aller Kollegen und Kolleginnen in den Betrieben sein. Anna Jammert.

Im letzten Wagen.

Von Leonhard Franl.

(Nachdruck verboten.)

III.

„Dann würden wir bald wieder da sein, wo wir vor dem Krüge waren, könnten neu beginnen. Wir würden der Welt zeigen, wer wir sind. Auch arbeiten könnten wir wieder. Und arbeiten können wir. Besser, als irgendein Volk.“

„Das haben wir bewiesen.“

„Das haben wir bewiesen.“

Der Geistliche sagte glatt heraus: „Dieses Volk kann nicht untergehen.“

Es wird aber schwer halten, Beschäftigung zu finden; es gibt gar zu viel Arbeitslose, dachte der entlassene Holzarbeiter. Was sie da drinnen reden.“

„Und weshalb bei den großen politischen Sensationsprozessen gerade ich zum Anklagevertreter bestellt wurde, will ich, falls es Sie interessiert.“

„Das interessiert mich sehr.“

„Aber mit Vergnügen! Will ich Ihnen gerne erklären“, rief der Staatsanwalt. Er rief es. Und in seinen Augen lebte die Begeisterung eines Siebzehnjährigen wieder auf.

„Sehen Sie, ein Jüngling hat nur Interesse für das Fußballspiel. Für ihn ist das ganze Leben eine Fußballwiese. Einer sehnt sich nach der Landstraße, nach einem Leben der Unabhängigkeit auf dem Meere, und begreift nicht den Ehrgeiz des anderen, der, weiß der Himmel weshalb, abfolgt der erste Topograph seiner Heimatstadt werden und des Nachbarns Leichen heiraten will, aber plötzlich Schiffsjunge auf einem Indienfahrer ist, während der Schwärmer für die Unabhängigkeit als Schreiber im Magistratsbureau sitzt.“

Der Spizel erschien an der Tür, blickte interessiert das Gespräch an. Der Staatsanwalt winkte offen lächelnd ab.

„Im Barriere baltet einer seine ganze Jugendzeit hindurch Dampfmaschinen; der im Stod über ihm sammelt Schlangen; es gibt welche, die alles sammeln, und welche, die prinzipiell nur das sammeln, was sie auf der Straße finden. Meine Jünglingsleidenschaft nun war das Studium der politischen Prozesse und revolutionären Bewegungen aller Völker und Zeiten. Heute bin ich Staatsanwalt. Mein Leben ist aus einem Guß.“

Der Zug, der Verspätung hatte, hielt. Nur eine halbe Minute. Und als er schon wieder langsam anrollte, fiel ein feuchter Bauer, Senje voran, noch über die Trittbretter herauf, in den letzten Wagen.

„Ja, besah alle einschlägigen Werke, alle! und studierte sie, las sie und las sie immer wieder, ganz und gar erfüllt von Empörung über die wilde Ungerechtigkeit der Herrschenden, ganz und gar erfüllt von Leidenschaft und dem Entschlusse, ein Rächer der Armen, ein Revolutionär zu werden, wie die Welt noch seinen sah.“

„Das klingt ja, als schilberten Sie nicht Ihre, sondern meine Jünglingsleidenschaft.“

„Aber eines Tages erkannte ich, daß ich Revolutionen und Welterlöshversuche jagungen auch nur gesammelt hatte.“

„Und dennoch glauben Sie, Ihr Leben sei aus einem Guß?“

Eine Sekunde schwebte der Staatsanwalt. Auf seinem Gesicht stand während dieser langen Sekunde das Schweben seines verurteilten Ich, stand am Ufer des Lebens und konnte nicht in das Leben treten.

Da beryog er das Gesicht, daß es plötzlich einer Gipsmaske glich, die an der Wand hängt und zu lächeln beginnt. „Es erging eben auch mir wie dem Unbändigen, der sich nach dem freien Meere sehnte und vom Leben in ein Magistratsbureau gesetzt wurde. Was wollen Sie, es gibt viele, die als Jüngling die Welt erobern wollten. Auch da brühen im Nebenabteil, unter diesen Repräsentanten des Volkes — nicht wahr: Kirche, Wissenschaft, Kapital, Militär, Presse, Korpsstudent — ist vielleicht einer. Und wer weiß, ob nicht vielleicht sogar dieser Spizel einmal in seinem Leben... Das Leben ist hart.“

„Aber du machst dir ganz offenbar gar keine Vorstellung davon, was ich eine Halb- und Arbeitsschule mit Internat für begabte Arbeiterkinder — klagt ja sehr schon — für Summen verdingen würde“, flüsterte der Bankier. „Häuser bauen und einrichten! Lebensunterhalt für langhaarige Lehrer und Sandalenfräuleins! Und dieser Mengen, die deine begabten Arbeiterkinder verdingen, wenn der Tag lang und klar und die Luft frisch ist!“

„Schon der Blick, mit dem zunächst die Gattin antwortete, reichte den Bankier; er kannte diesen Blick, der deutlich sagte, daß ein ruhiges Gewissen diese Summen wert sei.“

„Was sollen deine begabten Arbeiterkinder denn nun eigentlich lernen in der Waldschule? Kürbisse ernten? Kommoden bauen?“

„Alles, weißt du, alles!... Eine vollkommene Ausbildung der Fähigkeiten des Körpers und der Seele! Je nach der Begabung!“

„Natürlich würden wir auch alles selbst anbauen.“

„Natürlich!“

„Gemüse und so.“

„Ja, Gemüse!... Nichts würde wachsen, glaube mir.“ Und plötzlich jählich läuternd: „Wenn es ein Junge ist, wird angebaut.“

„So langsam, daß ein kleiner Hund müde hätte mitlaufen können, trotz ein Zug, gefüllt mit neuen Kurgästen, auf der heißen Straße bergwärts, vorüber an dem mit freischwebenden Brettern und Gegendräng sich so langsam talwärts hörende Zuge, daß der Agitator sah, wie im Speisewagen die Reisenden Semmel mit Butter bestrichen, weiße Kaffeestäben zum Munde hoben und der Kellner beide Arme breitete und die Schürze wusch, bedauernd, daß Gewürste nicht servieren zu können.“

„Ja, der Sozialismus ist meine Leidenschaft. Ueberhaupt alles, was mit Revolution zusammenhängt! Heute nicht weniger als in meiner Jugend!“

„Weshalb eigentlich breiten Sie Ihren Sozialismus gerade vor mir aus?“ fragte gleichgültigen Tones der Agitator.

Der Staatsanwalt schüttelte den Kopf, als stamme er. „Sie, der Sie ununterbrochen in Sozialismus, Dialektik, Freiheit, Fahrgastigkeit und ähnlicher ideellen Dingen herumwühlten, können es sich offenbar gar nicht vorstellen wie wohlthuend es für mich ist, auch einmal die Wahrheit zu sagen.“

„Rechtens untercheiden Sie sich von den Angehörigen Ihrer Kreise sehr erheblich dadurch, daß Sie sich ihrer Gewissenshaftigkeit bewußt sind.“

„Wohin und Sie nicht. Und ein Pyritzer scheinen auch Sie zu sein. Demnach habe ich bei Ihnen bis jetzt noch keine vorläufige Enttäuschung über meine Gesinnungslagerung, aber in manchen Ihrer Worte einen handfesten Sozialismus bemerkt.“

„Der Sozialismus liegt in der Sache und nicht in den Worten, welche die Sache bezeichnen.“

„Schreibt Marx in seinem trefflichen Werke Das Geld der Philosophie, Seite 17, sagte ohne Besinnen der Staatsanwalt aus, da der Agitator seine Verwunderung nicht verbergte: „Denige Ihrer Genossen dürften das Lebenswerk dieses Nieren so gründlich, so leidenschaftlich studiert haben wie ich... Ja, meiner Jugend, verstehen Sie!“

Der Staatsanwalt hatte etwas von seiner Haltung verloren. Seine Ruhe war weg. Die Stirn rot. Das sah ungehindert aus. Der Staatsanwalt schwebte. Wie der Jüngling, der seine Schlangensammlung sortiert.

„Haben die Herrschaften bei der Herausfahrt“, begann im Nebenabteil der Bankier, „den berühmten Viadukt bewundert?“

„Großartige Sache!“ sagte sofort der Reisende. „Und das Panorama — prachtvoll!“

„Ja, das Panorama erinnert mich direkt an die religiösen Bilder der alten Meister.“

„Und da der Geistliche, angenehm berührt, freundlich fragend den Bankier anblickte:“

„In ungefähre einer Stunde werden wir den Viadukt passieren. Sie sollten ihm wirklich Ihre Aufmerksamkeit schenken. Stellen Sie sich vor: ein Hochgebirgsstal, gebildet von heroisch aufsteigenden, schneebedeckten, hehren Berariefen; nach allen Seiten hin bis in weite Fernen: romantisch zerklüftete Gebirgsfelsen, und in der Mitte dieses gewaltigen, schroffen, ich muß schon sagen: unwirtlichen Tales — ein geradezu lieblicher, grüner Hügel in spitzulaufender Kegelform, idyllisch direkt, eben wie auf den alten religiösen Bildern.“

„Wirklich nicht notwendig, glauben Sie mir“, rief lächelnd der Staatsanwalt dem Spizel zu, der, in der Hand seinen Stenogrammblock, in Hörhöhe gestanden und durch einen Rückstoß des Zuges plötzlich sichtbar geworden war.

„Genau so ist es! Sie schildern das sehr gut“, sagte der Chefredakteur und nahm aus seinem Koffer eine Flasche Wein und den Korzgieher, blickte fragend den Spizel an, der sein Ohr jetzt in dieses Abteil streckte.

„Er war nur zu meiner persönlichen Sicherheit mit im Kurort. Aber er kann nicht anders. Einen gewissenhafteren Menschen traue ich im Leben nicht.“ Der Staatsanwalt zog einige Notizblätter aus seiner Aktentasche. „Wollen Sie den genauen Wortlaut der Rede lesen, die Sie heute mittag im Sägemwerk gehalten haben? Was er hinsichtlich, habe ich eingeklamert. Die Kapitalisten müssen mit Feuer und Schwert, Gift und Dolch ausgerottet werden. Jeder einzelne an die Laternen! Das haben Sie doch sicher nicht gesagt.“

„Vielleicht doch! Wer weiß es!“

„Diesen Hügel oder Regal nun haben unsere Ingenieure genialeweise als Basis für die Stützpfiler des Viadukts benutzt. Das Gleis ist frei durch die Luft über den Abgrund gespannt, in riesiger Höhe hinüber zu der Regelspitze. Sie werden sehen: wir fahren in einem ganz engen Kreise — in Wirklichkeit ist es eine Spirale — um die kleine, grüne Kegelfuppe herum, so daß, da wir im letzten Wagen sitzen und der Zug zufällig sehr lang ist, wir die Lokomotive unseres eigenen Zuges auf uns zukommen sehen. Die Lokomotive unseres eigenen Zuges! Wunderbar, wie?“

Der Chefredakteur sagte in einem Tone, als hätte er das selbe schon geschrieben: „Amerikanische Ingenieure kamen extra herüber zu uns, um dieses Meisterwerk deutscher Bahnbaukunst zu studieren.“ Und drehte dabei den Korzgieher ein.

„Weshalb denn?“ fragte der Bankier, als seine Frau ihre schweren Brillantringe — zwei von jeder Hand — herunterzog. „Nimm sie zu dir.“ Sie zeigte das ihm schon bekannte vorweggenommene mütteliche Gäheln.

Der Bankier hatte derartige Handlungen, wenn sie in irgendwelchem unergründlichem Zusammenhang mit dem Kommen des Kindes gewesen waren, stets widerspruchslos hingenommen.

Unter dem Schweigen der Mitreisenden legte er die Ringe sorgsam in den kleinen schweinsledernen Schmuckkoffer, in dem mehrere kostbare Anhänger, ein Brillantring und eine lange, in vielen Bindungen gelegte Kette großer Perlen auf weißer Seide lagen, und schilderte dabei:

„Fünfhundertzwanzig Meter über der Talsohle befinden wir uns, wenn wir den Viadukt passieren. Man fährt sozusagen durch die Luft. Die Wände dieses Tales sind derartig schroff, aber derartig schroff, daß möglicherweise einmal eine Gemse, aber noch nie ein Mensch bis zur Talsohle hinuntergekommen ist. Man kann alles sehr gut betrachten; denn der Kreis, respektive die Spirale, ist so eng, daß der Zug, damit er nicht aus den Schienen herauspringt und in die Tiefe stürzt...“

„Fünfhundertzwanzig Meter — ich danke!“

„ganz ungewöhnlich langsam fahren muß.“

„Schließlich sah der Geistliche etwas Bekommenen drein. Alle schwiegen. Alle sahen den in die Luft hineingebauten, Ubarund überlagernden Viadukt, liehen den Zug auf der engen Gleisspirale zu, ganz langsam um die Spitze des kegelförmigen Hügel herumfahren.“

„Das kurz vorher genossene reichhaltige Diner und der gleichmäßige Taft des Zuges schlieferten die Reisenden ein.“

Der schon bösende Univeritätsprofessor glaubte zu hören, wie der Zug unaufhörlich und monoton sang: Wenn der Hund mit der Wurst... überm Eckstein springt... Wenn der Hund mit der Wurst... überm Eckstein springt...“

„Diese Kapernsauce heute mittag war geradezu vollkommen“, dachte der Bankier. „Ja, des Menschen Streben nach Vollkommenheit ist auf allen Gebieten zu beobachten.“

„... mit der Wurst überm Eckstein springt...“

„Und der Chefredakteur überprüfte, da außer ihm schon alle mehr oder weniger entschleunigt waren, ganz für sich allein die Wichtigkeit seiner vorhin geäußerten Behauptung, daß die Presse des zwanzigsten Jahrhunderts keine Kleinigkeit sei.“

„Nur Arbeit kann uns retten und Kohlen“, murmelte im Halbflüst der Geistliche.

„... überm Eckstein springt!“

„Nein, dieses Volk... nicht untergehen.“

„Wenn der Hund...“

Der entlassene Holzarbeiter reparierte unterdessen das breite Fenster im Laufgang, das halb offen stand und, wie der Schaffner erklärt hatte, von dem Tage an nicht mehr funktioniert habe, da der Wagen frisch auflackiert worden sei.

(Fortsetzung folgt.)

Pressestimmen zu unserem „Aufstieg“.

„Unser Verbandsfilm „Aufstieg“ hat in der Presse eine sehr gute Beurteilung erfahren. Wir geben hier einige kurze Auszüge aus den wichtigsten Presseurteilen wieder.“

„Der Proletarier“ (Nr. 4, 1930): Der Film ist unsere Seele, unser Geist, unsere Arbeit, unsere Art, unser Glend, unser Kampf, unsere Niederlage, unser Sieg, unser Groll und unser Kufel, und er ist unsere Hoffnung auf endliches Gelingen. Mit unserem Film wollen wir die schlafenden Gewerter wecken, wollen wir die Seelen unserer noch fernstehenden Berufscollegen und -kollegen rütteln, mit ihm wollen wir die Apathie und Verhargie der Arbeitenden zertrümmern und den solidarischen Gedanken wecken, wir wollen den Mutlosen und Verzagten Selbstvertrauen und Vertrauen in die Kollegialität geben, wir wollen die Lässigen vorwärts treiben.“

Gätten die Kollegen Niemann und Scheinhardt einen Feind und dieser erzielte die Aufgabe, sein Urteil über den Film abzugeben, dann müßte dieser Beurteiler erklären: „Das Werk ist glänzend gelungen.“ Nur mit unendlicher Liebe zur Sache, mit Begeisterung für das Werk, verbunden mit Sachlichkeit und klarem Blick, läßt sich solches schaffen.“

S. Prüll.

„Volkswille“ (Hannover, 17. Dezember 1929): „Aufstieg“ ist nicht nur ein Film des Fabrikarbeiterverbandes, das ist ein Film von den Leiden, Kämpfen und Erfolgen der sozialistischen Arbeiterchaft...“

„Das namenlose Glend, die brutale Unterdrückung und rigorose Ausbeutung, der Jammer ganzer Arbeitergenerationen spricht daraus. Unseres Wissens existiert kein Film, der in dieser Klarheit den sozialen Kampf der Arbeiterchaft von den Anfängen des Industrialismus an wieder spiegelt.“

„Hier wird den Unorganisierten, den Absteitsstehenden das Licht von der gegenseitigen Hilfe eingeschämert, hier wird ihnen vorgehalten, wie verächtlich derjenige ist, der seinen kämpfenden Kameraden in den Rücken fällt.“

Die Verfasser des Drehbuches, die Gewerkschaftssekretäre Niemann und Scheinhardt, haben sich nicht an der Oberfläche gehalten. Sie haben in ihrem Manuskript in aller Bescheidenheit die Bemängelung zum Ausdruck gebracht, worum es der kämpfenden Arbeiterchaft geht. Wir sagen es ohne Umwägung: „Aufstieg“ gehört zu den bedeutendsten sozialistischen Filmen, die je gezeigt wurden.“

„Aufwärts“, Organ der freien Gewerkschaften (Berlin, Nr. 2, 1930): Hier spielen Proletarier ihr eigenes Schicksal, Milieu, Wohnung, die stille Verweigerung der Arbeiterfrau, die, aus der Wohnung getrieben, mit ihrer Familie die Landstraße entlangzieht, auf der Suche nach Arbeit, die verlassene willensstarke Greise, des Mannes, der sogar Brot und Wohnung seiner Familie auf das Spiel gesetzt hatte, im Kampf um die große Idee. Das alles ist echte, künstlerische Gestaltung von Menschen, die niemals Künstler sein wollen.“

Der Film zeigt aber auch die Erfolge des Verbandes: Streik, Verhandlung, Sieg. Den Kampf um den Tarifvertrag. Er zeigt die Arbeit des Verbandes, seine geistige Waffenschmiede.“

Der Film der Fabrikarbeiter ist ein Musterbeispiel für kommende Gewerkschaftsfilme.“

„Sozialistische Zeitung“ (Berlin, 24. Dezember 1929, Nr. 306): „An einem Einzelschicksal wird die Entwicklung des gewerkschaftlichen Gedankens aufgezeigt...“

„Verfolgt und beryönt von einem übermächtigen Unternehmern, hat die Gewerkschaft gegen Ausbeutung und Ausbeutung ihren harten und beharrlichen Kampf durchgeführt... In eindrucksvollen Bildern wird gezeigt, wie Koalitionsrecht, Alters-, Invalidenversicherung und Tarifverträge erstritten wer-“

den und wie schließlich die Gewerkschaft als ebenbürtiger Faktor an Recht und Macht den Unternehmerverbänden gegenübersteht.“

„Tempo“ (Berlin, 3. Ausgabe, 29. Dezember 1929): „Wenn man sieht, was seit 1890 geleistet wurde, wenn man die Bilder erbitterten und hoffnungslosen Lebenskampfes in menschenunwürdigen Behausungen mit den Bildern fröhlicher, blühender Arbeiterjugend in hellen Sport- und Erholungsheimen von heute vergleicht, so erhofft man von der Schnelligkeit, mit der sich der Wandel vollzogen hat, daß in kürzester Zeit alle dieser Gerechtigkeit teilhaftig werden, auch die Vermissten der Armen, die im Erzgebirge und in Thüringen noch so vegetieren wie vor Menschengaltern.“

Der Film gewährt kurze, aber charakteristische Einblicke in drei und vierzig Industriezweige. Albert Victor Blum als Regisseur und die Verfasser des Manuskriptes, Niemann und Scheinhardt, sowie die namenlosen Darsteller, die alle wirkliche Arbeiter sind, haben hier ein ausgezeichnet klares Bild von der Entwicklung des Gewerkschaftsgedankens geschaffen.“

„Vorwärts“ (Berlin, 23. Dezember 1929): „Gustav Niemann und Wilhelm Scheinhardt, Verbandsfunktionäre, schreiben die Geschichte ihrer Klasse mit der Absicht, den treuen Kämpfern ein leicht fahndes Material zu liefern, Schwankende zu stützen und Fernstehende zu werden. Die Entwicklungsgeschichte des Verbandes der Fabrikarbeiter umschließt manches Einzelstudium, sie ist spannend und inhaltreicher, als die konstruierten üblichen Filmromane sind. Wird doch diesmal die Leitwand zum Abbild wahren Lebens benutzt.“

„Welt am Montag“ (Berlin, 23. Dezember 1929): „Das Werden des Verbandes aus den kleinen Anfängen, die unter Bismarcks Polizeiherrschaft und unter Ausnahmegesetz sich trotz durchsetzen, und das soziale Wirken der Gewerkschaft, Einzelschicksale begabter Arbeiter, erste Streiks und Verfolgungen fügen sich spannend und das Interesse dauernd fesselnd auf zu einem Gesamtbilde. Das Manuskript ist von Funktionären des Verbandes verfaßt. Gustav Niemann und Wilhelm Scheinhardt haben hier gute Arbeit geleistet.“

„Acht-Uhr-Abendblatt“ (Berlin, 27. Dezember 1929): „In anschaulichen Filmbildern wird der gewerkschaftliche Aufstieg des Verbandes gezeigt, eine kleine Spielhandlung ist anregend mit dem Geschehen verbunden. Um so mehr ist es anzuerkennen, daß unter der Regie von Albert Victor Blum ein sehenswerter Bildstreifen zustande kam, der trotz seiner Einseitigkeit im Sujet jeden Zuschauer anziehen muß. Der Wert... war stark und ehrlich verdient.“

Literarisches.

„Augen an! Dieses Blickelein zur Unfallverhütung für jung und alt, herausgegeben vom Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften und der Deutschen Verkehrswacht in Verbindung mit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft durch Dr.-Ing. Werner Lindner und Eva Lindner, ist neu bearbeitet in einer zweiten Auflage herauskommen. Die erste Auflage von 8 Millionen Stück ist verteilt worden. Interessenten wollen sich bei Bedarf an die Unfallverhütungsbild G. m. b. H., Berlin W 9, Köthenerstraße 37, wenden.“

„Sozial Bauwirtschaft“, Verband sozialer Baubetriebe G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstraße 6.“

„Die Sonderregelung bei beruflicher Arbeitslosigkeit nach der Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz vom 12. Oktober 1929.“ Sozialpolitische und rechtliche Erläuterungen mit Textausgabe des AVAVG. in der Fassung vom 12. Oktober 1929 von Oberregierungsrat Hans Kühne und Regierungsrat Dr. Erwin Rawicz. Zweite völlig neu bearbeitete Auflage der Sonderregelung bei beruflicher Arbeitslosigkeit 1928. Berlin 1930. Verlag Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber G. m. b. H., Berlin SW 68, Hollmannstraße 9/10. 336 Seiten. Preis 6,50 RM. Die neuen Bestimmungen über die berufliche Arbeitslosigkeit sind in dem Buche in erschöpfender Weise nach ihrer sozialpolitischen und rechtlichen Seite hin erläutert und durch reiches statistisches Material veranschaulicht. Gelungen sind auch die graphischen Darstellungen und die gewählten Beispiele als Kommentierung.“

Im Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstr. 3 erscheinen: „Die Frauenerwartung“; „Der Wahre Jakob“; „Illustrierte Republikanische Zeitung“.

„Arbeiter und Weltwirtschaft.“ Ein Vortrag, gehalten in der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft, Berlin, 20. September 1929. Verlagsgesellschaft des ADGB. Preis 0,50 RM. Organisationspreis 0,35 RM. Eggert zeigt in dieser kleinen Broschüre die Beziehungen der Arbeiterschaft zur Weltproduktion. Sie ist zur Information für jeden Gewerkschafter zu empfehlen, der sich mit weltwirtschaftlichen Problemen beschäftigt.“